



Stadt Neustadt (Hessen)

Neustadt 2025

Familienzentrum
Seniorenarbeit Straßenbau

SOZIALE STADT

Kinderbetreuung Waldstadion

Haus der Begegnung

Freibad Ehrenamt

Integration Hallenbad

DORFENTWICKLUNG

Kultur Rathausplatz
Jugendheim

Gebäudeunterhaltung

Wir schaffen das!

„Neustadt 2025 – Wir packen das!“, so lautet das Motto der Haushaltsrede 2018.

Dieser Ausspruch steht für **Mut und Zuversicht**. Für die nächsten Jahre haben wir uns **viel vorgenommen** und legen mit diesem Zahlenwerk die Grundlage zur Verwirklichung zahlreicher **Projekte**, die **vor wenigen Jahren** noch völlig **undenkbar** waren.

Die **Unterhaltung von Bestehendem** und die **Planung und Umsetzung von Neuem** kennzeichnen den Haushalt 2018 und die mittelfristige Finanzplanung bis 2021.

Aber auch für die Zeit darüber hinaus gibt es bereits **Ideen zur Weiterentwicklung unserer Heimatstadt**.

Wir investieren aber nicht nur in die kommunale Infrastruktur, sondern **realisieren** auch viele **Projekte, die eine positive Atmosphäre schaffen** und so dazu beitragen, dass sich Jung und Alt in dieser Kommune wohlfühlen.

Für Neustadt und seine Stadtteile bieten sich **große Chancen**. **Mit Klugheit** wollen wir sie **nutzen**. Mit dem Haushalt 2018 setzen wir **wichtige Akzente für die Zukunft Neustadts**.

„Ein Rauch verweht, ein Wasser verrinnt. Eine Zeit vergeht, eine Neue beginnt.“

Joachim Ringelnatz (1883-1934), humoristischer Lyriker, Erzähler und Kabarettist

Mit einem Wort von Joachim Ringelnatz habe ich das erste der insgesamt vierzehn Kapitel meiner Betrachtungen zum Haushaltsplan 2018 überschrieben.

Er war bekannt zu Zeiten der Weimarer Republik, stand an Popularität den „Comedian Harmonists“ in nichts nach. 1933 belegten ihn die Nazis mit einem Auftrittsverbot. Ein Jahr später starb er mit nur 51 Jahren an Tuberkulose.

Die beiden Sätze von Ringelnatz, der seinerzeit stets im Matrosenanzug die Berliner Bühnen betrat, **passen zum bevorstehenden Jahreswechsel**. **Machen sie doch deutlich, wie schnell 365 Tage immer wieder an uns vorbei rauschen**. Das Jahr **2017** ist nun **bald Geschichte** und **2018** schon **deutlich am Horizont erkennbar**.

Bekanntermaßen nutze ich meine Haushaltsreden stets auch dazu, um über den Tellerrand unseres „kleinen Seglers Neustadt“ hinauszuschauen.

Damit möchte ich deutlich machen, **dass Entwicklungen bei uns vor Ort natürlich davon abhängen, was in Kreis und Land, aber auch im Bund, Europa oder gar der Welt passiert.**

Neustadt ist keine autarke Insel im weiten Meer, sondern Teil einer immer mehr globalisierten Welt. Ob man dies gut findet oder nicht, spielt letztlich keine Rolle, denn es ist die Realität. Gibt es auf den Weltmeeren oder auf den Wasserstraßen im Binnenland Sturm, dann wird auch unser „kleiner Segler“ davon umfasst.

Im Dezember letzten Jahres blickte ich eingangs meiner damaligen Haushaltsrede **auf das Weltgeschehen und äußerte mich sorgenvoll, über das, was kommen mag.**

Nun, zwölf Monate später, muss ich leider feststellen, dass sich „im großen Ganzen“ nichts zum Positiven verändert hat. Vielmehr ist eher das Gegenteil der Fall. Leider.

Von **Russland** und der **Türkei** mag man nur noch schwerlich als Demokratien sprechen. Die beiden Präsidenten scheinen ihre Länder Schritt für Schritt in die Autokratie zu führen.

Im Hinblick auf die **Entwicklungen am Bosphorus** und das **deutsch-türkische Verhältnis** müssen wir aber **unterscheiden zwischen dem, was dort geschieht, und dem, wie wir uns zu unseren türkischen Mitbürgern vor Ort stellen. In Neustadt leben wir gut mit ihnen zusammen.** Die örtliche türkisch-islamische Gemeinde bringt sich immer wieder aktiv in das Gemeinschaftsleben unserer Kommune ein. Dies wollen wir auch weiterhin unterstützen. **Klar sein muss aber auch, dass die innenpolitischen Auseinandersetzungen eines anderen Landes nicht auf deutschem Boden ausgetragen werden können.**

Als 1970 Geborener bin ich in einer Zeit groß geworden, in der die **USA** Weltmacht waren und für Orientierung sorgten. Sicher, im Nachhinein betrachtet war nicht alles richtig, was damals geschah, aber verglichen mit heute muss man doch anerkennen, dass die Vereinigten Staaten berechenbar und sich ihrer Verantwortung – auch für andere Staaten und Staatenbünde wie NATO und UNO – bewusst waren. Davon kann doch derzeit überhaupt keine Rede mehr sein. **Wofür steht Trump? Was sind die Kernaussagen seiner Präsidentschaft? Ist ihm überhaupt bewusst, dass es eben nicht nur „America first“ heißen kann? Fragen über Fragen und völlig unzureichende Antworten.**

In der Weltpolitik tut sich mehr und mehr ein Vakuum auf, in das **China** drängt. Der dortige Präsident und KP-Chef Xi Jinping hat inzwischen eine Machtfülle, wie sie selbst Mao nur auf dem Höhepunkt seiner Herrschaft besaß.

Lang ist nach wie vor die **Liste der aktuellen Krisenherde** in der Welt: Da sind die tickende Zeitbombe **Nordkorea**, **der internationale Terrorismus**, **die kriegesischen Auseinandersetzungen in Syrien oder Afghanistan und viele mehr.**

Und glaube bitte keiner, dass die weltweite Flüchtlingsproblematik gelöst ist, gegenwärtig ist sie lediglich weitgehend aus Europa verdrängt.

Die **unheilvolle Entwicklung der Europäischen Union** schreitet weiter voran.

So kocht etwa die Visegrád-Gruppe (Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn) ihr eigenes Süppchen und schert sich wenig um gemeinsame Ziele und Werte. Hauptsache, die Zahlungen aus Brüssel stimmen und kommen rechtzeitig.

Der **BREXIT** wird noch für viele Verwerfungen sorgen. Die momentanen Verhandlungen zwischen der EU und Großbritannien stimmen diesbezüglich sorgenvoll.

Auch nimmt der **Separatismus in Europa** zu. **Katalonien, Norditalien** sind Beispiele dafür. Man muss kein Prophet sein, um vorauszusagen, dass weitere Regionen folgen werden.

Der „Weltbürger“, Schriftsteller und Schauspieler **Peter Ustinov** (1921-2004) hat einmal folgenden weisen Satz gesagt:

„Es ist von grundlegender Bedeutung, jedes Jahr mehr zu lernen, als im Jahr davor.“

Wir können nur hoffen, dass die Verantwortlichen auf der Weltbühne alsbald ihr Handeln danach ausrichten, denn ansonsten wird der Scherbenhaufen groß sein, den zukünftige Generationen vorfinden.

Vor einem Jahr kam ich auch auf die **2017** anstehenden **Bundes- und Landtagwahlen** zu sprechen. Diese liegen nun hinter uns. **Viel gäbe es über die Ergebnisse und damit auch den Zustand unserer Parteiendemokratie zu sagen. Volksparteien scheinen immer mehr der Vergangenheit anzugehören.**

Der Erosionsprozess, den die Sozialdemokratie schon länger kennt, hat augenscheinlich nun auch die Union erfasst. Klare Mehrheiten sind nicht mehr vorhanden. Oftmals müssen wie in

Sachsen-Anhalt oder Schleswig-Holstein sogar **Dreierbündnisse** geschlossen werden. **Ob sie eine Gewähr für Stabilität sind, muss zumindest bezweifelt werden.** Auch müssen wie in Baden-Württemberg oder Hessen Parteien zusammenfinden, die bisher nur wenig gemeinsam hatten.

In vielen anderen Ländern Europas hat sich das Parteienspektrum bereits im letzten Jahrzehnt verändert, dies erleben wir nun auch in Deutschland. Persönlich hätte ich gerne darauf verzichtet, denn es sorgt für Instabilität.

Aber sind wir ehrlich: **Diese Entwicklung hängt auch damit zusammen, dass sich viele Menschen von der Politik der „klassischen“ Parteien, ich sage bewusst nicht „Altparteien“, nicht mehr angesprochen fühlen.**

Wie wird es in Berlin nun weitergehen?

Die Gespräche über eine „**Jamaika-Koalition**“ sind **gescheitert**. Ob alle Beteiligten diese Verbindung überhaupt ernsthaft wollten, vermag ich nicht zu beurteilen. Viele Kommentatoren haben aber augenscheinlich Zweifel daran.

Persönlich fand ich es höchst problematisch, dass sich eine Partei bereits unmittelbar nach der Wahl einer Regierungsbildung verweigerte. Aus deren subjektiven Sicht mag dies sogar verständlich sein, aber es gilt doch das Wort **Willy Brandts (1913-1992) „Erst das Land - dann die Partei“.**

Gut, das nun durch die Initiative des Bundespräsidenten Bewegung in die Sache gekommen ist.

Aber **der Weg hin zu einer Wiederauflage der Großen Koalition ist noch weit** und den Ausgang eines Mitgliederentscheides bei den Sozialdemokraten kann man auch nicht sicher vorhersagen.

Große Koalitionen in Bund und Ländern sollten natürlich die Ausnahme sein, denn sie stärken oftmals den linken und rechten Rand des Parteienspektrums und sorgen dafür, dass die Konturen der beteiligten Parteien nur noch schwerlich erkennbar sind. Aber gegenwärtig sind sie vielfach alternativlos, denn Minderheitenregierungen scheinen mir nicht der richtige Weg zu sein.

Ob das Mehrheitswahlrecht nach englischem Vorbild eine Alternative wäre?

Ich will mit Blick auf die politischen Geschehnisse in Deutschland weder das **„Schreckgespenst“ der Weimarer Republik** bemühen, noch unnötig dramatisieren, aber es könnte dennoch nicht schaden, wenn wir öfters einmal in den Geschichtsbüchern blättern.

Pinchas Lapid (1922-1997), österreichisch-jüdischer Religionsphilosoph und Diplomat, hat einmal dazu einen passenden Satz dazu gesagt:

„Ein Volk, das seine Geschichte vergisst, ist dazu verdammt, sie nochmals zu erleben.“

Schon heute darf man gespannt sein, wie die **Landtagswahl in Hessen** im Herbst kommenden Jahres ausgehen wird. Wenn uns Berlin auch weit weg erscheint, so ist doch Wiesbaden und damit die Auswirkungen dortiger Entscheidungen ganz nah.

Wir leben in unruhigen Zeiten. Vieles von dem, was Auswirkungen auf unseren Haushalt hat, können wir nicht beeinflussen, es wird von außen bestimmt.

Eine Erkenntnis, die man nicht vergessen darf.

„Man merkt nie, was schon getan wurde, man sieht immer nur, was noch zu tun bleibt.“

Marie Curie (1867-1934), frz. Physikerin und Chemikerin

Marie Curie, die als einzige Frau zweimal mit einem Nobelpreis ausgezeichnet wurde – 1903 für Physik und 1911 für Chemie - und von der dieser Ausspruch stammt, hat Recht.

Wir Menschen vergessen viel zu schnell, was war. Dinge, die schiefgelaufen sind, behält man in Erinnerung. **Wenn etwas hingegen positiv von statten ging, dann wird es allzu rasch als Selbstverständlichkeit abgehakt.**

Dem möchte ich entgentreten und mit kurzen Spiegelstrichen nochmals aus kommunaler Sicht an das Jahr 2017 erinnern und dabei auch ein wenig in die Zukunft schauen.

Bereits der **Haushaltsplan 2017 war von Zuversicht geprägt.** Auf dem Titelbild waren seinerzeit zwei Biber abgebildet, die den kleinen Segler „MS Neustadt“ nach Jahren der stürmischen See sicher in die Zukunft steuern.

Die vergangenen zwölf Monate waren eine gute Zeit für unsere Heimatstadt.

Das **Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“** ist erfolgreich angelaufen.

Das **Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzept** wurde verabschiedet.

Mit dem **Spielplatz „Vor dem Hain“** konnte das erste investive Projekt umgesetzt werden. Im Frühjahr wollen wir die Einweihung mit einem Quartiersfest feiern. Die Planungen für den **Spielplatz** in der **Emil-Rössler-Straße** (Ausgaben 40.000 – Förderung knapp 30.000) haben begonnen.

Im Rahmen der „Sozialen Stadt“ ist es aber unser Ziel, **nicht nur Bausteine zu bewegen**, sondern auch das **Miteinander in der Kommune zu verbessern**. Der Weg dahin wird nicht immer einfach und ohne Hürden sein, aber **die ersten Schritte haben wir nun schon gut hinter uns gebracht**.

Der Haushaltsplan **2018** enthält natürlich Ansätze für weitere Vorhaben im Rahmen der „Sozialen Stadt“. Es sind dies u. a. **verschiedene Machbarkeitsstudien** (55.000 Euro – Förderung 73 %) und **Veränderungen an den beiden Eingangsbereichen zur Ringstraße** (80.000 Euro – Förderung 73 %).

Der im Ergebnishaushalt enthaltene **Ansatz für das Quartiersmanagement, die Öffentlichkeitsarbeit und den HEGISS-Beitrag** wurde an die Realitäten des Jahres 2017 angepasst (115.000 Euro statt 90.500 Euro, 73 % Förderung). Als wir im Herbst letzten Jahres den Haushaltsplan aufstellten, war uns der tatsächliche Arbeitsanfall noch nicht bewusst, wir haben hierauf nun reagiert.

Zu den **Aufgaben des Quartiersmanagements** gehört es beispielsweise auch, **neue Fördermöglichkeiten** für die Kommune zu **erschließen**, eine davon wäre etwa BIWAQ (Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier), wo wir uns derzeit am Interessenbekundungsverfahren beteiligen.

Lassen Sie mich ausdrücklich feststellen, dass ich mit der von akp und dem bsj geleisteten Arbeit sehr zufrieden bin.

Nach Mengersberg und Speckswinkel nahm auch **Momberg** mit Erfolg am **Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“** teil. Dieses Engagement vor Ort dürfte ein wesentlicher Faktor dafür

gewesen sein, dass unsere **Stadtteile 2017** endlich in das **Dorfentwicklungsprogramm des Landes aufgenommen** wurden.

2018 wird das **Integrierte Entwicklungskonzept** erstellt (60.000 Euro – Zuschuss 37.500 Euro). **Gesamtkommunales Denken** ist dabei **gefragt, bloßes Stadtteildenken muss passé sein**. Auch werden wir den **Mut zu Veränderung aufbringen** müssen, denn wie heißt es so schön: **Wer nicht mit der Zeit geht, der geht mit der Zeit**.

Städtebauförderungs- und Dorfentwicklungsprogramm werden im Übrigen wesentliche Bausteine dafür sein, das Neustadt des Jahres 2025 zu gestalten.

Die Aufnahme in diese beiden Förderprogramme ist ein Glücksfall für unsere Kommune. **Alleine bei der „Sozialen Stadt“ bzw. dem Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“ wurden Neustadt bisher Fördergelder in Höhe von rund 5,4 Mio. Euro zuerkannt.** Daran war bei der Aufnahme in das Programm im Herbst 2015 nicht zu denken. Der Förderzeitraum erstreckt sich bis 2025. Da wird noch einiges möglich sein.

Unsere Kommune wurde **2017** einer der **Landessieger** der Innenstadt-Offensive Hessen **„Ab in die Mitte“**. Die damit einhergehenden sieben Veranstaltungen waren ein voller Erfolg.

Für 2018 wollten wir zunächst versuchen, gemeinsam mit Willingshausen eine Bewerbung auf den Weg bringen, haben uns nach ersten Gesprächen aber doch für ein alleiniges Vorgehen entschieden. Erste Ideen wurden bereits entwickelt. Ich bin zuversichtlich, dass wir mindestens so gut sein werden wie 2017.

In den letzten Jahren haben wir uns in der Region einen **guten Ruf erarbeitet**.

Neustadt wird als aktive Kommune wahrgenommen, die sich positiv weiterentwickelt.

Als Kommune, wo man **innovativ ist**.

Als Kommune, wo es immer wieder auch tolle **kulturelle Veranstaltungen** gibt.

Schauen Sie doch auch einmal in das gerade erschienene **Jahrbuch 2018** des **Landkreises Marburg-Biedenkopf**, welches wir Ihnen als kleines „Dankeschön“ für ihre ehrenamtliche Arbeit schenken. Dort wird ausführlich über unsere Kommune berichtet.

Wenn fachkundige Besuchergruppen nach Neustadt kommen, sind sie immer wieder angetan davon, was in einer Kleinstadt im ländlichen Raum alles auf den Weg gebracht wird. Auch ein Beleg für unsere gute gemeinsame Arbeit.

Mein Dank gilt allen, die dazu beitragen: In der Kommunalpolitik und der Verwaltung, dem Landkreis und dem Land, unseren Kooperationspartnern, den Planungsbüros und nicht zuletzt den engagierten Bürgerinnen und Bürgern und den Vereinen.

Wir ziehen in den entscheidenden Fragen der Stadtentwicklung an einem Strang und in eine Richtung. Das ist gut so und sollte so bleiben.

Lassen Sie mich Ihnen nun zwei neue, innovative Vorhaben vorstellen, für die es in den letzten Tagen gelungen ist, Fördermittel in die Kommune zu holen:

Drop in(klusive) – ein kostenfreier, **offener Treff für Eltern mit Kindern bis drei Jahren**, ohne jegliche Verpflichtungen, unabhängig von der Kultur, Muttersprache oder der Religion der Teilnehmenden. Eltern und Kinder sollen sich bei diesem niedrigschwelligen Angebot kennenlernen. Getragen wird das Vorhaben vom Hessischen Sozialministerium und der Karl Kübel Stiftung. Umgesetzt von unserem Familienzentrum und dem bsj. (Ausgaben bis zu 7.500 Euro – 2/3 Förderung).

LebensQualität durch Nähe – ein ERASMUS-Projekt der EU. **In einem moderierten und strukturierten Prozess (1,5 bis 2 Jahre) gestalten Bürgerinnen und Bürger aktiv ihren Lebensraum.** Sie entwickeln Projekte zur Stärkung der Lebensqualität in ihrem Umfeld und werden fit gemacht, zukünftig selbst Prozesse zu gestalten und moderieren. (Ausgaben 2018/19 bis zu 35.000 Euro. Förderung bis zu 25.000 Euro). In meinen Augen eine gute Ergänzung zum beginnenden Dorfentwicklungsprozess. Wenn man es gut abspricht und Synergien nutzt, wird es gewinnbringendes Vorhaben.

Beispielgebend für das gute und konstruktive Miteinander auf örtlicher Ebene war die Beratung der **Wiederkehrenden Straßenbeiträge** in den städtischen Gremien.

Für und Wider wurde in einem ausführlichen Meinungsbildungsprozess behandelt. Die Bürgerschaft informiert. Am Ende eines langen Weges stand eine - wie ich finde - gute Entscheidung.

Nun werden in den kommenden Monaten die notwendigen Vorbereitungen getroffen. **Die Einführung ist dann für den 1.1.2019 vorgesehen.** Der Öffentlichkeitsarbeit wird dabei eine besondere Bedeutung beigemessen werden.

In der mittelfristigen Finanzplanung finden Sie die grundhafte Sanierung der **Nebenanlagen** in der **Querallee (2019)** und der **Bahnhofstraße/Teilbereich der Kasseler Straße (2020)** bereits nach der neuen Systematik abgebildet. Hier handelt es sich um Gemeinschaftsmaßnahmen mit Hessen Mobil. Von der Umsetzung ist 2019 und 2020 auszugehen.

Im Hinblick auf die **kommunalen Straßen** finden Sie für die Jahre 2019-2021 „**Merkposten**“. Hier bedarf es noch der endgültigen Bestandsaufnahme und einer Prioritätenliste sowie der Klärung weiterer rechtlicher und haushalterischer Fragestellungen.

2019 wird es Planungen, ab 2020 Bautätigkeit geben.

Für die Zeit **ab 2019** haben wir vorausschauend eine **Erhöhung der Grundsteuer B** um 8 Punkte eingeplant, um **Mehrkosten der Kommune** durch die Einführung der wiederkehrenden Straßenbeiträge zu **decken**.

Wir werden bei der endgültigen Entscheidung dabei jeden vierjährigen Abrechnungszeitraum separat zu betrachten haben und sollten nur dann tatsächlich eine Anhebung der Grundsteuer B vornehmen, wenn es unter Berücksichtigung möglicher Einsparungen (Beitragserhebung für kommunale Grundstücke nach altem Recht im Vergleich zur neuen Systematik) tatsächlich zu Mehrausgaben für die Kommune kommt. **Wir betreten Neuland.**

Weiterhin ist 2018 eine **Prioritätenliste „Erschließungsstraßen“ aufstellen**. Nach Vorstellung des Magistrats sollte diese dann **ab 2021** abgearbeitet werden. Die betroffenen Anlieger brauchen aufgrund der zu zahlenden Beträge einen zeitlichen Vorlauf.

Die diesbezügliche Einstufung der kommunalen Straßen wird einige rechtliche Fragen nach sich ziehen. Diese müssen geklärt werden. Auch wenn die Antworten vielleicht nicht jedem gefallen werden, brauchen wir am Beginn einer neuen „Veranlagungs-Epoche“ einen sauberen und einwandfreien Schnitt.

Ein solches sachorientiertes Vorgehen wie bei den wiederkehrenden Straßenbeiträgen wünsche ich mir auch bei der Frage der zukünftigen Wasserversorgung unserer Stadtteile. Beileibe kein neues Thema. In 2017 sind wir hier nur ein kleines Stück vorangekommen. Die Gespräche mit dem Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke laufen noch, eine Kalkulation möglicher zukünftiger kommunaler Gebühren und Beiträge wurde auf den Weg gebracht. 2018 müssen die Ergebnisse zusammengetragen und bewertet werden.

Die Zeit drängt. Unser Wassermeister scheidet 2020 aus. Investitionen stehen an. Vorgaben sind zu erfüllen.

Wenn wir alle **mit Sachlichkeit ans Werk gehen**, dann wird auch diese Entscheidung auf breiter Basis getroffen werden können.

Sollten wir weiterhin Wasserversorger für die Stadtteile bleiben, dann stehen in den kommenden Jahren erhebliche Investitionen an.

Ein **kommunaler Waldkindergarten** wurde ins Leben gerufen. Nun gilt es, das Vorhaben zielorientiert voranzubringen. Dazu sind einige Investitionen notwendig. Beispielsweise wird ein **vernünftiger „Unterschlupf“** in Nähe des Waldes benötigt. Ein **Holzhaus** kommt in Betracht. Der Haushalt 2018 enthält hierfür – und für weitere Einrichtungs- und Ausrüstungsgegenstände - einen Ansatz von **50.000 Euro**. Wir wollen dabei die **„Kleine Bauförderung“ des Landes in Anspruch nehmen** und hoffen auf fünfzig Prozent Zuschuss. **Wir sind vernünftig gestartet und haben natürlich in der Zeit seit Anfang Oktober noch neue Erkenntnisse gewonnen.** Diese sollen nun umgesetzt werden.

2019 wird man dann sicher ein **erstes fundiertes Zwischenfazit** über die Akzeptanz der Einrichtung ziehen können. Nach derzeitigem Anmeldestand dürften dann rund 20 Kinder den Waldkindergarten besuchen. Dies wird auch zur **Schaffung neuer U 3-Betreuungsplätze** in den anderen Kindergärten beitragen.

Ich bin mir sicher, dass der **Waldkindergarten** nach einer Zeit des Anlaufes **langfristig Bestand** haben wird. Wenn erst einmal Frühjahr ist, dann wird dieses neue Betreuungsangebot ganz anders wahrgenommen als im nassen und kalten Herbst.

Hinsichtlich der U3-Betreuung stellen wir kein einheitliches Bild fest. Während es in der I. Hälfte 2017 eine deutlich verstärkte Nachfrage gab, nahm diese im zweiten Halbjahr 2017

etwas ab. Bisher konnten wir aber – manchmal in einem vernünftigen Zeitfenster - alle Wünsche erfüllen.

Planbar ist gegenwärtig aber nicht, wie viele Kinder aus Flüchtlingsfamilien kurz- und mittelfristig die kommunalen Kindergärten besuchen werden. Sprache ist Grundvoraussetzung für Integration. Daher ist es wichtig, dass diese Kinder möglichst früh in die Kindergärten gehen. Dies stellt dann natürlich die Kommunen vor besondere Herausforderungen.

Unser Ansatz, die Zahl der Betreuungsplätze bei Tagesmüttern auszubauen und hier eine kommunale Förderung zu gewähren, wurde im Übrigen zugunsten der Einrichtung des Waldkindergartens zurückgestellt.

Sollte der Bedarf an Betreuungsplätzen 2018ff. ansteigen, wird zu überlegen sein, **die durch den Umzug der Bücherei freiwerdenden Räumlichkeiten** in der Allee zu einem weiteren Gruppenraum **umzubauen.**

Auch 2017 konnten wir wieder **von verschiedenen Fördertöpfen profitieren.** Mein Dank gilt hier dem Land, aber auch dem Landkreis, für die gewährte Unterstützung.

Beispielsweise erhielten wir Förderscheide für die **Sanierung des Historischen Rathauses** (50.000 Euro, eingeplant waren 20.000 Euro), die **Sanierung bzw. den Umbau der Bäder in der KiTa „Sonnenschein“** (75.000 Euro, eingeplant waren 65.000 Euro), das **Hochwasseraudit** (12.000 Euro, eingeplant waren 5.000 Euro), die **Umsetzung des „Neustädter Naturportals“** (58.000 Euro), die **Waldkalkung und den Wegebau** (50.000 Euro), das **Familienzentrum** (13.000 Euro), die **Umsetzung des Wettbewerbsbeitrages „Ab in die Mitte“** (12.000 Euro), das **inklusive Mitmach-Circusprojekt** (3.000 Euro), die Erstellung des **IKEK** für das Dorfentwicklungsprogramm (37.500 Euro) oder die **Fortführung des Demographie-Dialoges** (3.000 Euro).

Es wird **auch zukünftig** mein Bestreben sein, **Fördertöpfe zu nutzen.** Dabei dürfen wir natürlich nicht die jeweils notwendige Ko-Finanzierung aus den Augen verlieren.

Aber selbst wenn wir einmal einen Kredit aufnehmen müssten (wonach es gegenwärtig bis 2021 nicht aussieht), **um unseren Eigenanteil zu stemmen, hielte ich das für verantwortbar.** **Die aus den Fördermitteln erwachsenden Investitionen sind von Dauer und haben positive**

Auswirkungen für unsere Kommune. Es handelt sich um Ausgaben, die auch künftigen Generationen nutzen, daher wäre auch eine teilweise Fremdfinanzierung dafür vertretbar. Sie darf aber natürlich im Ergebnis nicht zu einer Nettoneuverschuldung führen.

Zugleich gilt es zu beachten, dass wir natürlich neu hinzukommenden Projekte vernünftig begleiten und umsetzen müssen. Hier wird es Grenzen geben. Daher werden wir nicht jeden Fördertopf nutzen können, sondern müssen uns stets fragen, was unserer Kommune wirklich nutzt.

In den letzten Jahren sind wir durch die Kombination von Fleiß und Glück in den Genuss erheblicher Fördermittel gekommen. Diese haben Neustadt stets weitergebracht bzw. werden dies 2018 und in den Folgejahren noch tun. **Gleichwohl müssen wir auch damit rechnen, nicht immer zu den Begünstigten zu gehören.** So werden wir uns beispielsweise auch um Gelder aus dem angekündigten Freibadprogramm der Landesregierung bemühen. Es kann aber natürlich gegenwärtig noch keiner voraussehen, ob wir auch hier Erfolg haben werden.

Das in der Haushaltsrede 2017 angeführte **Märchen vom Fischer und seiner Frau** mag uns in diesem Zusammenhang **Warnung sein: Man darf den Bogen bzw. die Erwartungen nie überspannen und trotz hoher Zuwendungen den soliden Haushaltskurs der Vergangenheit nicht verlassen.** Wie war doch die letzte Haushaltsrede überschrieben: „**Wir wollen mutig sein, aber nicht übermütig werden.**“ Dem gibt es nichts hinzuzufügen.

Die Haushaltsentwicklung 2017 ist nicht nur in Projekten, sondern auch in Zahlen äußerst positiv. In zahlreichen Positionen waren Mehreinnahmen zu verzeichnen.

Das vor Jahresfrist erwartete ordentliche Ergebnis von rund 640.000 Euro wird sicher bei weitem übertroffen werden.

Entscheidend dazu beigetragen hat der **Zuwachs bei der Gewerbesteuer von rund 300.000 Euro.** Wie in der letztjährigen Haushaltsrede ausgeführt, hatten wir hier **äußerst vorsichtig kalkuliert**, um vor negativen Überraschungen gefeit zu sein. Anders als etwa die Grundsteuer ist die Gewerbesteuer nämlich immer wieder Schwankungen ausgesetzt.

Lieber zurückhaltend planen und sich über Überschüsse freuen, als umgekehrt. 2018 gehen wir mutiger an den Haushaltsansatz heran, werden aber sicher nicht übermütig.

Die **Mehreinnahmen** wollen wir zum einen zum **Defizitabbau** verwenden und zum anderen, um **Rückstellungen** für **begonnene bzw. in Planung befindliche Projekte** zu bilden.

Die **allermeisten** der im Haushalt 2017 etatisierten Vorhaben wurden in den letzten Monaten umgesetzt bzw. in Angriff genommen. Einige kleinere Vorhaben (etwa Parkplatz KiGa „Arche Noah“, barrierefreier Zugang KiTa „Sonnenschein“) **werden 2018 umgesetzt**.

Das angekündigte **Hochwasser-Audit** wurde vorbereitet. Aufgrund Arbeitsauslastung des Büros werden die Arbeiten nun im ersten Halbjahr 2018 durchgeführt.

Die **Sanierungsarbeiten** beim „Haus der Vereine“ wurden vergeben. Aufgrund der Auftragslage der beauftragten Firma kommen sie aber erst 2018 zur Ausführung.

Beim „Zollhof“ wurde die **Außenfassade** 2017 **gründlich untersucht**. Das vorgefundene Schadensbild (Fachwerkanstrich, Austausch der unteren Schwelle beim Fachwerk) macht größere Arbeiten erforderlich. Hatten wir 2017 mit rund 20.000 Euro kalkuliert, so werden es nun wohl **40.000 Euro** werden. Die Finanzierung erfolgt über eine Rückstellung und belastet den Haushalt 2018 so nicht.

Auch der **Jugendraum in Speckswinkel**, ebenfalls im „Zollhof“ untergebracht, bedarf einer Sanierung. Es wurden erheblicher Schimmelbefall und Nässeschäden festgestellt. Um dies zu beheben, müssten wir über **70.000 Euro** aufwenden. Auch hierfür schlagen wir vor, 2017 eine Rückstellung zu bilden. **Wie wir hier aber letztlich vorgehen, bedarf noch weiterer Prüfungen** und dann der Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung. Bei dieser Frage sollten wir die Nutzungsintensität ebenso beachten wie die Raumprobleme der **Freiwilligen Feuerwehr Speckswinkel**.

Für diese haben wir in der **mittelfristigen Finanzplanung** übrigens **den Erwerb eines Fahrzeuges vorgesehen**. Hier gilt aber das, was ich den Verantwortlichen kürzlich sagte: Es müssen auch Frauen und Männer vor Ort sein, die das Feuerwehrauto im Einsatzfall besetzen können.

Im Hinblick auf unsere historischen Gebäude gilt das 2017 Gesagte fort: **Unsere historischen Gebäude sind uns lieb, aber leider auch sehr teuer**.

Auch der Ansatz für die **Erweiterung der Breitbandversorgung** kommt erst 2018 zum Tragen. Die Breitband GmbH Marburg-Biedenkopf hat das Vorhaben noch nicht so

voranbringen können, wie zunächst angedacht. In diesem Zusammenhang sind wir natürlich wachsam, was Förderprogramme hinsichtlich öffentlicher **WLAN-Hotspots** angeht.

Zu den etatisierten und damit vorhersehbaren Vorhaben kamen natürlich wieder einige hinzu, die nicht planbar waren, aber dennoch kurzfristig abgearbeitet werden mussten.

Ich denke hier beispielsweise an mehrere Schäden bei der Wasserversorgung in Mengersberg, Ausgaben für Reparaturen für verschiedene Gerätschaften bzw. Feuerwehrfahrzeuge oder den Wassereintritt in das DGH Momberg. Das ist aber das normale Geschäft.

„Zu den schönsten menschlichen Tätigkeiten gehört es, anderen sagen zu dürfen, was richtig ist, ohne dies selbst tun zu müssen.“

Manfred Rommel (1928-2013), Stuttgarter Oberbürgermeister

Der von mir geschätzte langjährige Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel war sowohl ein Freund deutlicher Worte als auch des feinen Humors und der Ironie. Die soeben zitierten Worte belegen dies.

Dem Land Hessen habe ich in der Vergangenheit einiges ins Stammbuch geschrieben. Zurückzunehmen habe ich davon nichts. Meine Parteifreunde in Wiesbaden habe ich dabei nie geschont. Mag ich auch feste politische Grundüberzeugungen haben, so bin ich doch als Bürgermeister dem Wohl Neustadts verpflichtet und nicht (m)einer Partei.

Dies ist meine elfte Haushaltsrede und achtmal trat dabei der „Pawlowsche Reflex“ ein:

Wenn die Sprache auf die finanzielle Ausstattung der Kommunen durch das Land kam, wurden **bereits** nur **bei der Nennung des Kürzels „KFA“ die Zähne des Redners gefletscht. Seit 2016**, seit der Änderung des kommunalen Finanzausgleiches (KFA), **ist dies anders.** Seitdem **lobe ich die Landesregierung, denn für Neustadt hat sich die Situation** – zumindest in den letzten drei Jahren – erkennbar **verbessert.**

Neben den geänderten Rahmenbedingungen des KFA haben hierzu sicherlich auch die erhöhten Einwohnerzahlen durch den Flüchtlingszuzug und die deutlich verbesserte gesamtwirtschaftliche Lage beigetragen.

2018 kommt noch eine Besonderheit dazu. Diesmal ist ausnahmsweise die Einwohnerzahl zum 31.12.2015 für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen maßgeblich, da die Zahlen für den 31.12.2016 nicht fristgerecht fertiggestellt werden können.

Ende 2015 hatten wir 1.100 Flüchtlinge in der EAE, ein Jahr später waren es nur knapp 200. Selbst nach einer späteren Rückberechnung werden wir die zusätzlichen Gelder – über eine Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock - behalten dürfen.

Gleichwohl dürfen wir nicht die Augen davor verschließen, dass es dann 2019 aufgrund der gesunkenen Einwohnerzahl bedingt durch den Flüchtlingsrückgang einen Einbruch bei den Schlüsselzuweisungen geben wird. Wir haben dies in der mittelfristigen Finanzplanung dargestellt. **Haushaltswahrheit – Haushaltssklarheit.**

2020 soll der KFA einer Evaluation unterzogen werden. In meinen Augen stimmt die Richtung. Gleichfalls wäre es natürlich wünschenswert, wenn der eine oder andere berechnete Wunsch der kommunalen Familie einbezogen werden könnte.

Auch bleibt die Frage zu klären, wie die Ersparnisse des Landes durch die Reform des Länderfinanzausgleiches ab 2020 verteilt werden. Hier müssen die Städte und Gemeinden Berücksichtigung finden.

Waren wir im Oktober noch davon ausgegangen, **2020 möglicherweise keine Schlüsselzuweisung A mehr zu erhalten, weil unsere Steuerkraft insgesamt erfreulicherweise zugenommen hat**, gehen wir aufgrund aller Ende November bekannten Rahmendaten davon aus, dass wir diese Zahlung 2020 und 2021 nun doch erhalten. Es geht hier um etwa 120.000 Euro. Ein Verlust dieser Zuwendung wäre im Übrigen ein ganz normaler Vorgang. Wer mehr Einnahmen zu verzeichnen hat, erhält weniger Unterstützung vom Land.

Die zurückgehenden Einwohnerzahlen (und ggf. der Wegfall eines geringen Teiles der Schlüsselzuweisung) werden 2019ff. zumindest zum Teil durch weitere Zuwächse bei den Einkommensteueranteilen und der Gewerbesteuer aufgefangen.

Hier handelt es sich natürlich zunächst einmal nur um Prognosen.

Wer heute schon weiß, wie sich beispielsweise das Haushaltsjahr 2020 tatsächlich entwickelt, der verfügt über hellseherische Fähigkeiten und darf mir gerne die Lottozahlen vom kommenden Samstag verraten. **Für exakte Voraussagen ist die Zahl der Unbekannten derzeit einfach zu groß.** Das Land weißt in seinem Orientierungserlass ausdrücklich darauf hin. Die bisher bekannten Rahmendaten lassen mich aber insgesamt – wie fast immer – **„vorsichtig optimistisch“ in die Zukunft blicken.**

Bis zum Herbst 2017 hatten wir einen **Kassenkredit** aufgenommen.

Dies geschah in den vergangenen Jahren nicht nur zur kurzfristigen Liquiditätssicherung, sondern auch, um das Defizit des Ergebnishaushaltes zu tragen. Momentan haben wir **keinen Kassenkredit** und es sieht auch für 2018ff. so aus, dass wir – wenn überhaupt – einen Kassenkredit nur zur kurzfristigen Liquiditätssicherung brauchen werden und am Jahresende dort dann wieder eine „0“ steht. Dies ist völlig normal und wird von der Aufsicht so akzeptiert.

2019ff. werden wir beim Neubau des „Hauses der Begegnung“ in die Vorfinanzierung gehen müssen, da die Zuschüsse seitens des Landes in Raten bis 2021 ausgezahlt werden. Auch hier werden wir einen Kassenkredit benötigen, was aber ebenfalls kein Problem darstellt.

Aufgrund der geschilderten Ausgangslage – kein Kassenkredit - hätten wir nach den ursprünglichen Überlegungen der Landesregierung keinen Zugang zur „Hessenkasse“ gehabt. Gott sei Dank hat man sich hier eines Besseren besonnen. Nicht nur ich habe in diesem Zusammenhang so manche Mail an den Finanzminister geschrieben und auf eine **drohende Ungleichbehandlung** der Kommunen hingewiesen.

Anders als beim kommunalen „Schutzschirm“ haben nun fast alle Städte und Gemeinden – außer den dauerhaft abundanten Kommunen wie Stadtallendorf – **die Möglichkeit, von der „Hessenkasse“ zu profitieren.** Sei es durch Übernahme der Kassenkredite oder durch zusätzliche Investitionsmittel.

Im Fall **Neustadts** wären dies nach gegenwärtigem Stand **2,5 Mio. Euro.** 10 % dieser Summe, 250.000 Euro, müssen wir selbst finanzieren. Zudem wird das Land den Wegfall der erhöhten Gewerbesteuerumlage aufgrund des Auslaufens des Fonds „Deutsche Einheit“ nicht an die

Kommunen weiterreichen. Im Falle Neustadts sind dies 14.000 Euro im Jahr. Wer es nachrechnet stellt fest, dass sich das „Geschäft“ für uns lohnt.

Nun höre ich immer wieder, dass das Land diese Segnungen für die kommunale Familie mit Geld finanziert, das eigentlich den Städten und Gemeinden (zu großen Teilen) zustehen würde. Da ist sicher etwas dran. Aber: Ist da nicht auch ein gewisser „Pawlowscher Reflex“ der gegenwärtigen Opposition im Lande dabei, zumal vor einer anstehenden Landtagswahl?

Wer sich hier allzu schnell ereifert, der sollte einmal in unseren Kreis schauen: Auch hier gibt es zusätzliches Geld in der Kreiskasse. Auch hier könnte man – zumindest nach Einschätzung der Bürgermeister – die Auffassung vertreten, dass ein Großteil der Mittel eigentlich den Städten und Gemeinden „zustünde“. Die Kommunen wurden in der Vergangenheit zu erhöhten Umlagen herangezogen, wenn es Defizite im Kreishaushalt gab. **Da wäre es jetzt vom Grundsatz her nur gerecht, deutliche Überschüsse durch eine Umlagesenkung an die Kommunen weiterzugeben.**

Die große Koalition im Kreishaus hat sich – ähnlich wie die Landesregierung - für einen anderen Weg entschieden, die kreisangehörigen Städte und Gemeinden hieran partizipieren zu lassen.

Wer das eine – das Vorgehen des Landes - kritisiert, sollte das andere – das Verhalten des Kreises - bedenken.

Die Segnungen der „Hessenkasse“ sollen im Übrigen mit einer abermaligen Verschärfung der Vorschriften der HGO und der Gemeindehaushaltsverordnung, insbesondere bei der Aufnahme von Kassenkrediten, einhergehen.

Es bleibt zu wünschen, dass das Land auch hier auf die berechtigten Interessen der Kommunen Rücksicht nimmt. **Bloße Entscheidungen am „grünen Tisch“ unter Ausblendung der Realität vor Ort wären nicht hilfreich.**

Gut für uns wäre die im Gespräch befindliche Verrechnung von Defiziten aus den Vorjahren mit dem Eigenkapital über 2011 hinaus. Dies würde dann dazu führen, dass wir alsbald kein Haushaltskonsolidierungsprogramm mehr aufstellen müssten.

„Wir sind zum Miteinander geschaffen, wie Hände, wie Füße, wie die untere und die obere Zahnreihe.“

Thomas Jefferson (1743-1826), Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika

Dieser Ausspruch von Thomas Jefferson, dem hauptsächlichen Verfasser der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776, scheint mir das **Verhältnis von Landkreis und kreisangehörigen Kommunen** zutreffend zu beschreiben: **Wir gehören zusammen. Wir brauchen einander.**

In der Vergangenheit war doch jedem klar, welche Schalplatte von mir eingelegt wurde, wenn in der Haushaltsrede die Sprache auf den Kreis kam: **Die Umlagen sind zu hoch, sie gehören gesenkt.**

Natürlich hat die Kreis- und Schulumlage 2018 mit zusammengefasst 6,2 Mio. Euro eine enorme Höhe. Das sind über 500.000 Euro mehr als 2017 und hängt selbstverständlich mit unserer Einnahmesituation zusammen. Wenn wir mehr in der Kasse haben, dann müssen wir mehr abgeben.

Dies ist grundsätzlich nicht zu beanstanden und ein Kernpunkt der Finanzbeziehungen zwischen Kommunen, Kreisen und dem Land.

Bei gesunkenen Einnahmen in 2019 werden es dann übrigens wieder knapp 200.000 Euro weniger sein.

Gleichwohl muss darauf hingewiesen werden, dass sich 2018 das Verhältnis der an den Kreis zu zahlenden Umlagen und der Einnahmen durch die Schlüsselzuweisungen deutlich zu Lasten der Kommune verschlechtert. Wenn man nur diese beiden Werte vergleicht ergibt sich 2018 im Vergleich zu 2017 ein Minus von 140.000 Euro.

Natürlich ist eine **Senkung der Umlagen aus kommunaler Sicht immer wünschenswert.**

Hier hätte es in diesem Jahr sicher die Möglichkeit gegeben, die Städte und Gemeinden um mehr als 0,5 Punkte bei der Kreisumlage, für Neustadt sind dies rund 60.000 Euro, zu entlasten.

Ein wenig drängt sich der Verdacht auf, dass der Kreis sich „arm“ gerechnet hat.

2 Mio. Überschuss erscheinen mit den Ergebnissen der letzten Jahre doch recht wenig.

Ein Fakt, der natürlich auch der Landrätin und der großen Koalition aus SPD und CDU bewusst ist. Dass man sich dagegen verwahrt und mit „eindrucksvollen Beispielen“ dagegen argumentiert ist auch klar. Das gehört zum Standardprogramm.

Wenn die rollenbedingten und damit vorgegebenen Argumente ausgetauscht sind, dann sollten wir **den Sachverhalt einmal differenziert betrachten und nicht mit dem Holzhammer zu Werke gehen.**

Zunächst muss man anerkennen, dass in den vergangenen Jahren regelmäßig eine Umlagensenkung stattfand und der Landkreis Marburg-Biedenkopf mit seinen Hebesätzen hessenweit keinesfalls an der Spitze liegt.

Die Landrätin und die sie tragende Mehrheit haben 2018 eine noch höhere Absenkung nicht in Betracht gezogen.

Sie wollen, erinnern Sie sich an meine Worte zur Landesregierung und der „Hessenkasse“, die Kommunen auf anderem Wege an gestiegenen Einnahmen partizipieren lassen.

Der Kreis bringt sich beim Breitbandausbau stark ein, zukünftig werden die Kommunen bei der Schaffung barrierefreier Bushaltestellen unterstützt, die Hallenbadpauschale wurde endlich erhöht und es wird ein mit 1,5 Mio. Euro ausgestatteter Kreientwicklungsfonds geschaffen werden, der nach Möglichkeit über 2018 hinaus fortgeführt werden soll.

Positiv ist auch die **Ehrenamtspauschale**. Aber sie sollte nicht im Zusammenhang mit einer Entlastung der Kommunen genannt werden, denn diesen kommt sie nicht zugute.

Dass der Kreis seine **Einsparungen als Sozialhilfeträger bei den Kindergartengebühren** (wegen der teilweisen Gebührenfreiheit ab 1.8.2018) im kommenden Jahr an die Kommunen weitergeben möchte, sollte auch nicht allzu sehr betont werden. Dies ist eine Selbstverständlichkeit. Zudem sollte dies nicht auf 2018 beschränkt werden.

Nimmt man dies alles zusammen, dann kann man in meinen Augen gleichwohl **als kreisangehörige Kommune mit dem Kreishaushalt 2018 und den damit einhergehenden Auswirkungen für die Städte und Gemeinden insgesamt zufrieden sein.**

Es hätte aber auch noch besser sein können.

Auf Ausführungen **zur Personalpolitik des Kreises** verzichte ich bewusst. Mir fehlen genaue Kenntnisse und ich wäre auch nicht begeistert wenn die Landrätin sich zu meinen örtlichen Vorstellungen „einfach mal so“ äußern würde.

Ich richte meinen Blick vielmehr auf den Jahresüberschuss 2018 und mein Wort an die Landrätin und die Große Koalition: Sollte der Überschuss über den prognostizierten 2 Mio. Euro liegen, dann müssen die Städte und Gemeinden – wie 2016 – hieran beteiligt werden.

Für meinen Teil liegt dieser Punkt auf „Wiedervorlage September 2018“.

Lassen Sie mich an dieser Stelle **Landrätin Kirsten Fründt** erneut attestieren, dass sie ihren bisherigen Weg eines partnerschaftlichen Miteinanders zwischen Kreis und Kommunen insgesamt fortführt.

Die Landrätin hat den Anspruch, auf Kreisebene nicht nur zu verwalten, sondern auch zu gestalten.

Ein Ansatz den ich begrüße, wenn er – wie bisher geschehen – in einem Dialog auf Augenhöhe geschieht und an die Städte und Gemeinden in kurzer Zeit nicht allzu viele Ideen herangetragen werden.

Wir vor Ort müssen das, was „Im Lichtenholz“ angedacht wird, nämlich auch bewältigen können. Wir müssen Verständnis für den Kreis und seine Sicht der Dinge aufbringen und dieser muss für unsere konstruktiven Beiträge ebenfalls aufgeschlossen sein.

Aus Neustädter Sicht kann ich feststellen, dass die Landrätin und ihre Verwaltung für uns verlässliche Partner sind. Als Beispiele führe ich die Unterstützung beim Bau des Kunstrasenplatzes „Ochsenwiese“, die finanzielle Hilfe bei der Erstellung des Altenhilfekonzeptes, die gemeinsamen Beratungen zur Weiterentwicklung unseres Familienzentrums und das gute Miteinander beim Dorfentwicklungsprogramm an.

Natürlich – und dies wird weder Sie noch die Landrätin verwundern – habe ich Wünsche für die Zukunft:

Wenn wir an das „Haus der Begegnung“ gehen und dieses u. a. **Aula für die Martin-von-Tours-Schule** werden soll, wäre ein finanzielles Engagement des Kreises wünschenswert. Darüber, wie dies ausgestaltet werden kann, muss gesprochen werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass wir auch den Landkreis unterstützen. **Die Kommune sorgt dafür, dass Fördergelder in Höhe von 58.000 Euro über das Programm „Soziale Stadt“ für die Umgestaltung des Schulhofes in der Querallee bereitgestellt werden.** Der Kreis muss lediglich 22.000 Euro Ko-Finanzierung erbringen. Fördergelder, die zwar von unserem Kontingent abgehen, aber den Kindern unserer Stadt zu Gute kommen.

Wenn der Landkreis an die Umsetzung des Kommunalen Investitionsprogrammes II **„KIP macht Schule“** geht, wären **notwendige Sanierungsarbeiten** an der **„Waldschule“** und der dortigen **Sporthalle**, die sich in einem schlechten Zustand befindet, wünschenswert gewesen. **Leider ist dies nicht vorgesehen.** Ich setze daher auf die **„Hessenkasse“**, die dem Landkreis einen Investitionsspielraum von über 24 Mio. Euro eröffnen würde.

Wenn wir in die Lage versetzt werden, einmal das **„Waldstadion“** zu sanieren, sollte sich auch der Landkreis als Hauptnutzer der Leitathletik-Anlagen für den Schulsport finanziell einbringen.

In der Vergangenheit haben wir miteinander stets gute Lösungen gefunden. Daher bin ich zuversichtlich, dass dies auch in Zukunft geschieht.

„Miteinander“ ist auch ein gutes Stichwort für die Interkommunale Zusammenarbeit.

Wie bereits in der Vergangenheit geschehen, wollen wir dabei auch zukünftig **den Blick sowohl in den Landkreis Marburg-Biedenkopf als auch die Schwalm richten.**

Schwerpunkt wird im **kommenden Jahr die Erstellung einer Machbarkeitsstudie über Formen möglicher Zusammenarbeit mit unseren Nachbarstädten Stadtallendorf und Kirchhain** sein (möglicher Eigenanteil bis zu 6.000 Euro). Ansatzpunkte gibt es sicher genügend.

Wichtig ist mir dabei, dass wir natürlich unsere **Eigenständigkeit als Kommune nicht aufgeben** und dass es zu **keinen Qualitätsverlusten für die Bürger** kommen darf.

„Wir schaffen das!“

Bob, der Baumeister (1999), englischer Handwerker

Mit diesem **optimistischen Ausruf von Bob, dem Baumeister**, der in einhundert Ländern bekannten Comicfigur, lassen Sie mich meine **Erläuterungen zur gegenwärtigen Finanzsituation unserer Kommune und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2021** einleiten.

Als ich das Amt des Bürgermeisters unserer Heimatstadt antrat, habe ich **vier Prämissen für meine Arbeit festgelegt**:

- **Neustadt soll l(i)ebenswerte Heimat für Jung und Alt sein.**
- **In Neustadts Zukunft soll sinnvoll investiert werden.**
- **Ich will gestalten, nicht bloß verwalten.**
- **Dabei soll zugleich eine solide Haushaltspolitik betrieben werden.**

Jeder kommunale Haushalt seit 2007 war an diesen Aussagen orientiert.

In allen Jahren ist es **stets** gelungen, **Mehrheiten** für die von Bürgermeister, Magistrat und Verwaltung erarbeiteten Zahlenwerke zu **erhalten**.

Bis auf wenige Ausnahmen erfolgte die Beschlussfassung **immer einstimmig**.

An dieser Stelle gilt **allen mein Dank, die** in Vergangenheit und Gegenwart **hieran mitgearbeitet haben**. Insbesondere natürlich **den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Hauses**, die kommunalpolitische Vorstellungen, finanzielle Mittel und haushaltsrechtliche Vorgaben in Einklang bringen müssen.

Nach meinem Dafürhalten ist die Darstellung der **Haushaltspläne** und das damit einhergehende Berichtswesen in ihrer Form **kontinuierlich besser geworden**.

Dafür danke ich insbesondere den zuständigen Mitarbeitern Holger Michel und Gitta Kurz. Wenn im kommenden Jahr dann noch die Jahresrechnungen 2015 und 2016 geprüft sein werden, sind wir wieder up to date. Hier gebührt Marianne Dippel und Frank Wüst ein „Dankeschön“.

In den Jahren 2011-2014 wiesen die Haushalte zum Teil hohe Defizite aus. Gleichwohl haben wir positive Veränderungen auf den Weg gebracht.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang nur an den Neubau der Kindertagesstätte „Regenbogen“, die Projekte im Rahmen der Altstadtsanierung in der Kernstadt und der Dorferneuerung in Momberg, den kontinuierlichen Straßenbau oder die Verbesserung der Ausstattung des Bauhofes.

Als ich dieser Tage einmal in **alten Zeitungsberichten** blätterte, fiel mir ein Bericht der „Oberhessischen Presse“ über die **Haushaltsberatung 2013** – wenige Wochen nach der seinerzeitigen Bürgermeisterwahl – in die Hände.

Damals führte **einer der Redner** folgendes aus: **„Haushalt und Finanzplanung fehlen jede Nähe zur Realität. Der Neustädter Haushalt weist direkt den Weg in die Überschuldung. Wir leben über unsere Verhältnisse.“** Diese Aussagen haben mich vor fünf Jahren massiv geärgert, denn sie waren falsch.

Auch an **meine damaligen Worte** sei daher erinnert: **„Wenn das Land endlich seiner Verantwortung gegenüber den Kommunen gerecht wird, sich die gesamtwirtschaftliche Lage nachhaltig verbessert und wir einen Sparkurs mit Augenmaß fahren, dann werden wir rasch wieder bessere Zeiten erleben und aktiver als heute gestalten können.“**

Beurteilen Sie selbst, wer damals recht hatte.

Vergessen will ich aber nicht – und ich habe bereits darauf verwiesen – dass zur gegenwärtigen Entwicklung natürlich auch eine Portion Glück gehört.

Die Schaffung der Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in der ehemaligen Ernst-Moritz-Arndt-Kaserne und die damit zusammenhängenden Faktoren – gestiegene Einwohnerzahlen und folglich höhere Schlüsselzuweisungen, erhöhte Mittel beim kommunalen Investitionsprogramm, Sonderzuwendungen des Landes – **ermöglicht sicher Dinge, an die zuvor so nicht zu denken war, schon gar nicht in dieser engen zeitlichen Folge.**

Gleichwohl muss aber ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass die kommunalen Haushalte seit 2016 auch ohne die HEAE-Außenstelle ausgeglichen waren bzw. sind. Hierzu haben die von mir 2013 angemahnten Punkte geführt.

Wenn ich unisono zu meinem zehnjährigen Amtsjubiläum gelobt und wenn die Fähigkeit der Vernetzung und der Finanzmitteleinwerbung hervorgehoben wurde, dann hat mich dies durchaus gefreut. Ich bewerte es aber auch nicht über. Ein netter Zeitgenosse schrieb mir Ende Juni dieses Jahres ein Wort des griechischen Philosophen **Demokrit** (460- 371 v. Chr.). Es gefällt mir in diesem Zusammenhang gut. Der antike Denker sagte einmal:

„Mut steht am Anfang des Handelns, Glück am Ende.“

Kommen wir zu den harten Fakten. Kommen wir zu den entscheidenden Zahlen des Haushaltes 2018:

Der Ergebnishaushalt weist Erträge von 17,3 Mio. Euro und Aufwendungen von 15,9 Mio. Euro auf.

Das ordentliche Ergebnis beläuft sich auf 1,24 Mio. Euro.

Im Finanzhaushalt sind Investitionen von 6,7 Mio. Euro veranschlagt.

Eine Kreditaufnahme ist – mit Ausnahme der Mittel aus dem KIP-Programm „Land“ - nicht vorgesehen. Hier tilgt die Kommune letztlich allerdings nur 20 %. In den ersten zehn Jahren trägt das Land zudem die Zinsen für diesen Teilbetrag. Gleichwohl muss der komplette Betrag an KIP-Mitteln im Haushalt als Kreditaufnahme durch die Kommune dargestellt werden.

Wenn man eine „bereinigte“ Berechnung anstellt und nur den kommunalen Anteil an dem Kredit berücksichtigt, dann bauen wir 2018 – zum zweiten Mal in Folge – Altschulden ab. Im kommenden Jahr werden es – wie schon 2017 – rund 400.000 Euro sein.

Die Kredittilgung 2018 in Höhe von 421.000 Euro wird im Übrigen durch Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit gedeckt.

Die Aufnahme von **Kassenkredit** in Höhe von **2 Mio. Euro** ist **lediglich zu Zwecken der kurzfristigen Liquiditätssicherung** geplant. Die Höhe ergibt sich aus den anstehenden Investitionen und der Tatsache, dass die zugesagten Zuschüsse nicht immer unmittelbar fließen, sondern z. T. zeitlich versetzt ausgezahlt werden.

Dies sind Zahlen, die mich mit Freude erfüllen.

Sie sind der Beleg dafür, dass wir unsere Vorhaben umsetzen können und die Hausaufgaben gemacht wurden.

Es sind im Hinblick auf das ordentliche Ergebnis und das Investitionsvolumen Rekordzahlen.

Wir haben Großes für unsere Heimatstadt und ihre Bürgerschaft vor und wir können dies, nicht zuletzt dank der finanziellen Unterstützung von Land und Bund, solide finanzieren.

Die Rahmendaten für den Haushalt 2018 beruhen auf als relativ gesichert anzusehenden Prognosen. Unsicherheitsfaktoren sind dabei immer die Entwicklung der Gewerbesteuer und der Anteile an der Einkommensteuer. Gegenwärtig gibt es aber keine Anzeichen dafür, dass es hier im kommenden Jahr zu Einbrüchen kommen könnte. Im Gegenteil, die Wirtschaftsweisen haben die Prognosen der Bundesregierung im November nochmals angehoben und rechnen mit einem Wirtschaftswachstum von 2,2 %.

Wenn wir den Blick auf die mittelfristige Finanzplanung bis 2021 richten, dann ist es mit Vorhersagen etwas schwieriger.

Der Bankier Hermann Josef Abs (1901-1994) hat einmal gesagt, „dass er sich mit seinen Voraussagen nie geirrt habe, weil er einfach keine abgegeben habe“.

So einfach macht es uns die Gemeindehaushaltsverordnung leider nicht.

Es sind Prognosen bis 2021 zu treffen. Unsicherheiten bestehen dabei natürlich viele.

Wie entwickelt sich die gesamtwirtschaftliche Lage? Welche Besonderheiten gibt es dabei für unsere Kommune? Wie gestalten sich die Ausschreibungen für die vorgesehenen Projekte? Vor welche derzeit nicht vorhersehbaren Herausforderungen werden wir gestellt? Wie entwickelt sich die Belegung der HEAE?

Die seit längerem bestehende Einnahmeerwartung aus der Verpachtung kommunaler Flächen zur Errichtung von Windrädern musste im Übrigen nochmals verschoben werden. Noch sind wir ebenso wie die Energiegenossenschaft Vogelsberg als Investor optimistisch, dass das Vorhaben umgesetzt werden kann, daher werden ab 2019 Einnahmeansätze gebildet. Das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) hat aber die ökonomischen Rahmenbedingungen verändert. Projektentwickler müssen erfolgreich an einer

Ausschreibung der Bundesnetzagentur teilnehmen, um finanzielle Förderung zu erhalten. Wie sich das EEG zukünftig entwickelt, kann aktuell auch keiner vorhersagen.

Ein generelles Wort noch zur Windkraft: Gegenwärtig gibt es vielerorts Proteste gegen den Bau von WEAs. Wer sich aber gegen Standorte in der Region wendet, der muss auch erklären, wie er es mit der Energiewende hält. Das eine fordern und das andere ablehnen, dass passt irgendwie nicht zusammen.

Für uns vor Ort nehme ich in Anspruch, dass wir stets offen über die Sachverhalte informiert haben und dies auch in Zukunft tun werden. Im Übrigen wird der Genehmigungsprozess in einem rechtsstaatlichen Verfahren ablaufen.

Wer sich die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung bis 2021 anschaut, der stellt fest, dass die Ampel auch in den kommenden Jahren – basierend auf den vorliegenden Kenntnissen und Prognosen – auf „grün“ steht. Dies würde sich im Übrigen auch bei einem Ausbleiben der Pachteinnahmen für die WEA-Standorte nicht ins Gegenteil umkehren.

Trotz dieser guten Ausgangslage dürfen wir den Weg einer soliden Haushaltspolitik nicht verlassen, schon die Bibel sprach von „sieben guten und sieben mageren Jahren“. Obwohl, die mageren haben wir schon erlebt.

„Nur wer etwas leistet, kann sich etwas leisten.“

Michail S. Gorbatschow (1931), russischer Politiker

Die Stadt Neustadt (Hessen) kann sich in den kommenden Jahren einiges zu ihrer Weiterentwicklung leisten. Dazu **bedarf es** natürlich **der notwendigen finanziellen Mittel.** Diese werden im Haushaltsplan 2018 bereitgestellt bzw. in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen. Dazu **gehören aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, die etwas leisten.**

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die gemeinsam mit dem Bürgermeister dafür Sorge tragen, dass die von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Projekte auf den Weg gebracht und umgesetzt werden.

Wir sind eine kleine, aber sehr wohl leistungsfähige Verwaltung.

Mein Dank gilt allen, die daran mitarbeiten, dass der „kleine Segler Neustadt“ Fahrt aufnimmt und die anvisierten Häfen sicher erreicht.

Dabei sind alle wichtig. Mannschaft, Unteroffiziere, Offiziere und Kapitän. Dank in diesem Zusammenhang auch den Damen und Herren des Magistrats für das konstruktive Miteinander, insbesondere dem Ersten Stadtrat Wolfram Ellenberg.

In der Presse können wir immer wieder einmal von „**Neustädter Verhältnissen**“ in der Stadtverordnetenversammlung lesen. Was verbirgt sich dahinter?

Bei uns wird seit vielen Jahren **breit informiert, anstehende Fragestellungen werden aufgearbeitet und konstruktiv diskutiert und dann wird in der Regel einstimmig entschieden.** Zudem findet eine **aktive Öffentlichkeitsarbeit** statt.

Wenn ein guter Antrag oder eine vernünftige Magistratsvorlage auf dem Tisch liegt, dann sucht man nicht in den Krümeln und stellt auch keinen Änderungsantrag, nur weil dies früher einmal so war. **Die Bürgerschaft nimmt dies sehr wohl positiv wahr.**

Der „kleine Segler Neustadt“, unser Schiff, das ist unsere gemeinsame Aufgabe.

Für die kommenden Jahre haben wir uns viel vorgenommen. Wenn wir nicht nur an einem Strick, sondern auch in eine Richtung ziehen, dann wird es gelingen.

Nach diesem Exkurs zurück zur Stadtverwaltung.

Trotz der geschilderten guten Grundvoraussetzungen müssen wir uns in den kommenden Monaten in Teilen der Verwaltung neu strukturieren, um die vor uns liegenden Aufgaben erfolgreich angehen zu können.

Städtebauförderung, Dorfentwicklung, Kommunales Investitionsprogramm, „Hessenkasse“ und die anstehenden Bauvorhaben müssen sauber geplant und abgearbeitet werden.

2017 planen wir zunächst für die Mittelbewirtschaftung eine auf fünf Jahre befristete **E9-Stelle** zu schaffen. Davon haben wir **Abstand genommen und bedienen uns der NH-Projektstadt.** Dort verfügt man über das nötige Wissen und entsprechende Kontakte in die Ministerien und zur Wirtschafts- und Infrastrukturbank.

Für den Einkauf dieser Dienstleistung planen wir mit rund 18.000 Euro, also weniger als die Hälfte der angedachten E9.

Im Verlauf des I. Quartals wird eine Stabsstelle Regional-, Stadt- und Dorfentwicklung beim Bürgermeister geschaffen. Diese halbe Stelle wird von einer Teamleiterin aus dem Fachbereich II besetzt. Diese wichtigen Themenfelder müssen – unabhängig von der reinen Fördermittelbewirtschaftung - gründlich vor- und nachbereitet werden und es gilt Querschnittsaufgaben zu erfüllen.

Mit der verwaltungsinternen Einführung der wiederkehrenden Straßenbeiträge wird der Leiter der Stadtkasse betraut. In den letzten Jahren hat er sich erfolgreich zum Verwaltungsfachwirt fortgebildet. Die Stelle soll von E8 auf E9 angehoben werden. Dies entspricht dem kreisweiten Durchschnitt.

Eine 0,5 Sachbearbeiterinnen-Stelle im Fachbereich II Bauen, Planen & Umwelt wird aufgrund Mutterschaft befristet für zwei Jahre besetzt. Allerdings wird die Nachfolgerin/der Nachfolger zudem eine 0,5 Stelle in der Stadtkasse zur Entlastung des Kassenleiters (s.o.) übernehmen.

Auf Sachbearbeiter-Ebene wird es zu einigen weiteren Aufgabenverschiebungen kommen.

Zum Ende des Jahres 2018 soll die Stelle des Fachbereichsleiters II – Bauen, Planen, Umwelt von E11 auf E12 angehoben werden. Dies entspricht der Leistung, den wahrzunehmenden Aufgaben der kommenden Jahre und auch der durchschnittlichen Vergütung der vergleichbaren Stellen im Landkreis.

Es muss unser Ziel sein, zumindest für die Teamleiterebene mittel- und langfristig Nachwuchs aus dem eigenen Haus rekrutieren zu können.

Daher hat der Magistrat beschlossen, neben dem bisherigen Auszubildenden **2018 zwei weitere Auszubildende** einzustellen. Die jungen Damen haben bereits ihr Fachoberschulpraktikum im Rathaus absolviert und zeichnen sich durch gute Schulleistungen aus.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch auf zwei weitere anstehende personelle Veränderungen eingehen.

2019/2020 werden der Vorarbeiter des Bauhofes und der Hausmeister in den Ruhestand treten. Zwei – wie wir alle wissen – Leistungsträger mit vorbildlicher Arbeitsauffassung. Ihr in Jahrzehnten erworbenes Wissen wird uns fehlen. In der mittelfristigen Finanzplanung haben wir vorgesehen, dass die Nachfolger zumindest sechs Monate eingearbeitet werden.

Auch in diesem Bereich könnte es zudem zu Umstrukturierungen kommen. Die diesbezüglichen Überlegungen sind aber noch nicht abgeschlossen. Mir schwebt aber vor, das Facilitymanagement, die Objektbetreuung, an einer Stelle zu bündeln.

Millionenprojekte wollen wir in den kommenden Jahren umsetzen.

Neben den bereits bekannten werden Dank der „Hessenkasse“ weitere hinzukommen.

Ob wir dies mit der gegenwärtigen zahlenmäßigen Besetzung der Verwaltung wirklich gut schaffen, vermag ich gegenwärtig noch nicht verlässlich abzuschätzen.

Der Magistrat wird sich die Entwicklung in den kommenden Monaten genau ansehen und sicher seine Schlussfolgerungen daraus ziehen. Wir haben viele Fördermittel nach Neustadt geholt, die damit verbundenen Projekte müssen nun geplant, umgesetzt und abrechnet werden. Dies ist nicht nebenbei zu erledigen. **Die Haushaltslage böte den notwendigen Spielraum.**

Der Landkreis könnte uns hier mit seiner ab 2018 geplanten Personalpolitik möglicherweise Vorbild sein.

„Auch aus den Steinen, die Dir in den Weg gelegt werden, kannst Du etwas Schönes bauen.“

Erich Kästner (1899-1974), Schriftsteller und Publizist.

Wenn ich die Entwicklung um unser „Leuchtturmprojekt“, das „Haus der Begegnung“, in den letzten Monaten sehe, dann kann ich Erich Kästner, den ich soeben zitierte, nur zustimmen.

Es war unser Ziel, dass Neustädter Bürgerhaus beginnend zur Jahresmitte 2017 grundlegend zu sanieren, dabei die vorhandenen baulichen Mängel abzustellen und zugleich eine Neukonzeption für die Nutzung auf den Weg zu bringen.

Alles war in die Wege geleitet. Die Büros in einem langwierigen Verfahren ausgewählt. Erste Planungen ausgearbeitet, in den Gremien und mit den potentiellen Nutzern abgestimmt. Und – was das Wichtigste ist - zumindest in unseren Augen war die Förderkulisse für das Vorhaben aufgebaut.

Dann fand am **5. April 2017** ein **Vorgespräch** zur notwendigen baufachlichen Prüfung mit der **WI-Bank** vor Ort statt. **Was danach folgte war Ernüchterung.**

Der zuständige Mitarbeiter hielt **das Gebäude** für **nicht sanierungsfähig** und stellte in der Folge die Zuschüsse in Frage.

Innerhalb weniger Tage musste das Kursbuch grundlegend geändert werden. Eine neue Konzeption war ebenso gefragt, wie ein neuer Förderantrag.

Wie gerufen kam uns hier neben dem Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ der **Bund/Länder-Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“.**

Im Haushaltsplan 2018 kann nunmehr Vollzug gemeldet werden. Mein Dank gilt allen, die hierbei unterstützend tätig waren, insbesondere dem Büro akp und den Mitarbeiterinnen des Wiesbadener Umweltministeriums.

2018 haben wir für den Neubau unseres Kultur- und Bürgerzentrums, so sollte der zukünftige Arbeitstitel für das Gebäude lauten, **5 Millionen Euro vorgesehen.**

Hiervon werden (bereinigte) Fördermittel von 2.986 Mio. Euro aus der „Sozialen Stadt“ und 1.314 Mio. Euro aus dem Investitionspakt stammen. Der **Eigenanteil der Kommune bzw. die Ko-Finanzierung** beläuft sich demnach auf **700.000 Euro.**

Für 2019 sind dann nochmals Haushaltsmittel in Höhe von 300.000 Euro vorgesehen.

Dies geschah auch vor dem Hintergrund, dass aufgrund der Förderrichtlinien nicht alle Ausgaben – etwa Ausstattung – förderfähig sein werden und dass die Preise im Baugewerbe angezogen haben.

Die für den neuen Antrag erstellte Kostenschätzung geht von 5 Mio. Euro Kosten aus. Diese Summe basiert auf einer ersten Kostenschätzung im April 2017 anhand des Baukostenindex 2016 und der möglichen Gebäudegröße. Sie liegt den Förderanträgen zugrunde.

Wir wollen in der mittelfristigen Finanzplanung deutlich machen, dass uns **ein Polster** im Hinblick auf die Kostenschätzung zur Verfügung steht. Sollte es dennoch Verschiebungen nach oben geben, so bestünde grundsätzlich die Möglichkeit, zusätzliche Mittel aus dem Programm „Soziale Stadt“ zu beantragen bzw. Mittel der „Hessenkasse“ einfließen zu lassen.

Reiben wir uns nicht alle bei diesen Zahlen und bei dieser Entwicklung die Augen?

Erinnern wir uns noch daran, dass wir **2012** einen **Förderbescheid** über 380.000 Euro zur energetischen Teil-Sanierung des Gebäudes **zurückgeben** mussten, weil wir die **Ko-Finanzierung nicht erbringen** konnten?

Wir müssen dem Herrn der WI-Bank aus heutiger Sicht dankbar sein.

Für einen Eigenanteil von 1 Mio. Euro erhalten wir Fördermittel von 4,3 Mio. Euro. Dies sind über 80 %.

Wir bekommen nun ein **neues barrierefreies Kultur- und Bürgerzentrum**, dass mit den angedachten Nutzungsmöglichkeiten (abteilbarer großer Saal mit Bühne für Kultur- und Traditionsveranstaltungen sowie Familienfeiern, kommunale Bücherei, Begegnungsstätte für Menschen mit und ohne Handicap mit Café, Familien- und Generationenzentrum von 0-99, ggf. Bürgerbüro und Quartiersmanagement) zu einem wirklichen „Haus der Begegnung“ werden wird, **keinen sanierten Bau**, der uns hinsichtlich der Nutzung Fesseln auferlegt und immer wieder zu Kompromissen auffordert.

Dies alles geschieht ohne die Aufnahme von Krediten. Wer hatte daran geglaubt?

Gegenwärtig hat die Auswahl der Planer begonnen. Aufgrund der Komplexität des Verfahrens – teilweise eine europaweite Ausschreibung - lassen wir uns dabei juristisch begleiten.

Den Abriss erwarte ich im Verlauf des zweiten Quartals 2018. Natürlich wäre der Aschermittwoch wegen der Symbolik besonders geeignet, aber es erscheint nicht sinnvoll, einen längeren Zeitraum zwischen Abriss und Beginn der Bautätigkeit verstreichen zu lassen. Alleine schon wegen der Sicherungskosten.

Nach erfolgten Planungen, Ausschreibungen und Genehmigungen könnte der Beginn der Bautätigkeit bei zügigem Verlauf zum Ende des dritten Quartals 2018 erfolgen.

Die Fertigstellung wäre dann – bei normalem Verlauf - für Ende 2019/Anfang 2020 zu erwarten.

Es gilt aber für unser Vorgehen das Motto „Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit.“

Mir kommt bei der Betrachtung der Geschehnisse um das „Haus der Begegnung“ ein Lied der Sängerin und Schauspielerin **Katja Ebstein** (1945) in Erinnerung. Im Refrain heißt es dort:

„Wunder gibt es immer wieder. Heute oder morgen können sie geschehen.

Wenn sie Dir begegnen, musst Du sie auch sehen.“

Sie können sicher sein, dass dieser Song bei der Einweihung des Neustädter Kultur- und Bürgerzentrums erklingen wird.

Aber der Haushalt 2018 – und die Planung für 2019 – enthalten noch zwei weitere „Leuchtturmprojekte“:

Da ist zum einen die **grundhafte Sanierung unseres Freibades**.

Die Fortschreibung der 2015 erstellten **Freibadstudie** geht hier von **Kosten von rund 2,6 Mio. Euro** aus.

Die Baukosten wurden dabei bei einzelnen Gewerken aufgrund der gegenwärtigen Auslastung der Firmen mit einem Zuschlag von bis zu 20 % versehen.

Hier gilt es, zum richtigen Zeitpunkt an den Markt zu gehen, um ggf. günstigere Angebote erzielen zu können. Auch wird zu schauen sein, ob und ggf. wo es Einsparpotential bei dem vorliegenden Planungsvorschlag gibt.

Für 2018 und 2019 planen wir für das Freibad aber zunächst mit den genannten Ausgaben von 2,6 Mio. Euro. Schließlich brauchen wir einen Anhaltspunkt.

Im Gegenzug rechnen wir mit „bereinigten“ **Fördermitteln in Höhe von 1,52 Mio Euro** (1,46 Mio. Euro KIP „Land“ – hiervon muss die Kommune langfristig knapp 300.000 Euro tilgen, 100.000 Euro Kommunalrichtlinie Land Energie – unser Anteil etwa 10.000 Euro, 300.000 Euro „Hessenkasse“ – die Kommune tilgt davon langfristig 30.000 Euro).

Genauere Zahlen für die Maßnahme wird es im Laufe des Jahres 2018 geben, wobei aus meiner Sicht die Maximalkosten vorliegen dürften.

Mit der Einstellung dieses Betrages wollen wir – ebenso wie beim „Haus der Begegnung“ - deutlich machen, dass dieses Großprojekt solide zu finanzieren ist und unser Haushalt dadurch nicht in Schieflage gerät.

Zum Herbst 2018 hin wäre es wünschenswert, mit **Demontagearbeiten** beim Freibad beginnen zu können. Der **Hauptteil der Arbeiten** fiele dann in das Jahr **2019**, in welchem das **Bad sinnvollerweise geschlossen** bliebe.

Ob wir mit dem Freibad – oder vielleicht dem Hallenbad – vom angekündigten **Bäderprogramm** der Landesregierung profitieren können, bleibt abzuwarten.

Natürlich werden wir schauen, ob es neben den genannten Förderprogrammen noch weitere gibt, die für das Kultur- und Bürgerzentrum bzw. das Freibad einschlägig sein könnten, allerdings gibt es auch bei Fördertöpfen Grenzen und es ist vielfach nicht so einfach, rechtlich und tatsächlich trennbare Abschnitte darzustellen.

Mit Interesse verfolgen wir, dass einige Bäder im Umkreis von bis zu 80 km mittlerweile von einem hiesigen Unternehmer betrieben werden bzw. es Geschäftsbesorgungsverträge gibt. Hier gilt es durchaus einmal zu schauen, ob und ggf. zu welchen Konditionen dies auch ein Modell für Neustadt sein könnte.

Und zum dritten enthält der Haushaltsplan Ansätze für die **barrierefreie Umgestaltung des Rathausplatzes (300.000 Euro)** und die damit einhergehende **Sanierung des angrenzenden Jugendheimes (600.000 Euro)**. Dort sollen publikumsträchtige Bereiche der Verwaltung barrierefrei untergebracht werden (Großraumbüro) und im oberen Stockwerk Räume für das Jugendblasorchester entstehen. Im unteren Bereich soll zudem ein Anlaufpunkt für Kultur- und Tagestourismus entstehen.

Den geschätzten Kosten von 900.000 Euro stehen **Fördermittel** aus dem **KIP „Bund“** in Höhe von **712.000 Euro** gegenüber (800.000 Euro minus Eigenanteil von 88.000 Euro).

Abschreibungen für die Projekte haben wir in der mittelfristigen Finanzplanung natürlich berücksichtigt.

Für diese drei Vorhaben, unsere „Leuchtturmprojekte“, sind insgesamt 8,8 Mio. Euro in den Haushaltsplänen der beiden kommenden Jahre vorgesehen.

Dabei rechnen wir mit Zuschüssen von über 6,5 Mio. Euro. Dies entspricht einer Förderquote von rund 75 %. Eine (über die bereits dargestellte KIP-Thematik hinausgehende) Kreditaufnahme zur Finanzierung der Projekte ist gegenwärtig nicht geplant. Dies sind hervorragende Zahlen!

Lassen Sie mich aber an dieser Stelle noch auf eines deutlich hinweisen:

Der Haushalt 2018 verzeichnet Rekordeinnahmen bei den Einkommenssteueranteilen, der Gewerbesteuer und den Schlüsselzuweisungen. Belege für eine boomende Konjunktur. Diese geht mit vollen Auftragsbüchern der Handwerker einher. Dies wiederum führt zu Kostensteigerungen von bis zu 20 %.

Es bringt aber wenig, jetzt über mögliche zusätzliche Baukosten bei unseren Großprojekten zu spekulieren.

Halten wir es lieber wie Balu, der Bär aus Disneys Dschungelbuch: „Versuchs mal mit Gemütlichkeit, mit Ruhe und Gelassenheit.“

Planen, Kosten ermitteln, ausschreiben. Wenn Veränderungen erkennbar sind, analysieren, entscheiden, handeln.

„Die Zukunft soll man nicht voraussehen wollen, sondern möglich machen.“

Antoine de Saint-Exupéry (1900-1944), französischer Schriftsteller und Pilot

In Neustadt und seinen Stadtteilen Mengersberg, Momberg und Speckswinkel wird in den Jahren bis 2025 –noch länger vorauszublicken, wäre nun wirklich nicht seriös – vieles möglich sein. Dazu muss man in keine Glaskugel schauen, sondern kann sich an den bereits jetzt vorliegenden Fakten orientieren.

Wir werden unsere Kommune fit für die Zukunft machen und viele Akzente für die positive Weiterentwicklung der „Wohnstadt Neustadt“ setzen.

Wir werden dabei eine Gesamtstrategie verfolgen und nicht zahlreiche separate Projekte betrachten.

Wesentliche Bausteine dieses „**Masterplanes Neustadt 2025**“ sind – wie erwähnt - das **Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“** und das **Dorfentwicklungsprogramm**. Beider Entwicklungskonzepte werden in Bezug zueinander zu setzen sein.

Die für 2018 vorgesehenen **Studien** im Rahmen der „Sozialen Stadt“ (Bahnhof nebst Umfeld, Zwischenbau „Haus der Vereine, Bürgerpark, Kunst- und Kulturpfad) werden uns wichtige Anhaltspunkte für das weitere Vorgehen bei diesen Vorhaben geben.

Solches **Konzeptionelle Denken ist wichtig**, das wurde in der Vergangenheit manchmal verkannt.

Wenn **Experten von außen** mit Verständnis für die Besonderheiten des ländlichen Raumes sich örtlichen Fragestellungen widmen, dann ist dies in meinen Augen vorteilhaft.

In den letzten beiden Jahren haben wir diesbezüglich zahlreiche **positive Erfahrungen** gemacht. Machen wir uns nichts vor, Betriebsblindheit oder Scheuklappendenken stellt sich immer einmal ein. Da sind neue Sichtweisen gut und rütteln wach.

Die bereits angesprochene „**Hessenkasse**“ **wird weitere wesentliche Vorhaben** – neben den soeben dargestellten Projekten Kultur- und Bürgerzentrum, Freibad und Rathausplatz/Nebengebäude – **des „Masterplanes Neustadt 2025“ finanzieren**.

In meinen Augen könnten dies aus heutiger Sicht

- die **Schaffung einer Tartanbahn im „Waldstadion“ nebst Verbesserung der Infrastruktur** zur nachhaltigen Verbesserung der Nutzungsmöglichkeiten für Vereine und Schule. Dies wird diesen Bereichen Aufschwung geben.
- die **Sanierung von Umkleidekabinen und Sanitärbereichen des Hallenbades** und, ggf. gemeinsam mit dem Förderverein, die **Schaffung eines Kleinkinderbereiches**.
- die weitere **Sanierung des großen Saales des DGH Momburg**.
- Maßnahmen im Bereich der **Infrastruktur der Festplätze in Neustadt und Mengsberg**.
- dringend **notwendige Sanierungsarbeiten bei den Sanitäranlagen des Rathaushauptgebäudes und des Historischen Rathauses**.

- **Investitionen im Bereich der für den Bauhof zu erwerbenden Halle in der ehemaligen Ernst-Moritz-Arndt-Kaserne.** Wie bereits ausgeführt, befinden wir uns hier noch in Gesprächen mit der BIMA bezüglich der Erschließungskosten. Wir gingen davon aus, dass diese im Kaufangebot enthalten seien, nach Rückfrage sieht die BIMA dies anders. Mehrkosten von rund 200.000 € stünden hier mittel- bis langfristig im Raum.
- notwendige **Umbaumaßnahmen bei der Unterbringung der Freiwilligen Feuerwehr Speckswinkel.**

Anders als die von Moses am Berge Sinai empfangenen zehn Gebote sind diese Vorhaben noch nicht in Stein gemeißelt.

Eine endgültige Festlegung wird nach Kostenermittlungen im II. Halbjahr 2018 zu treffen sein. Aber die Richtung ist klar: Es gibt einiges zu tun und wir werden in die Lage versetzt, diese Projekte in den kommenden Jahren schrittweise umzusetzen.

In der mittelfristigen Finanzplanung ist im Übrigen bisher nur (für 2019) eine konkrete Mittelverwendung aus der „Hessenkasse“ in Höhe von 300.000 Euro für das Freibad vorgesehen.

Wir werden bei diesem Sonderinvestitionsprogramm nur Geld in nachhaltige Projekte stecken. Vorrang bei den anzustellenden finanziellen Überlegungen haben in den kommenden beiden Jahren neben reinen Unterhaltungsmaßnahmen unsere drei zuvor dargestellten Großprojekte. Sollte es hier zu Verschiebungen nach oben kommen, dann werden wir – im Rahmen des Zulässigen – mit Mitteln aus der „Hessenkasse“ eingreifen und die genannte Vorschlagsliste entsprechend kürzen.

„Jetzt wird in die Hände gespuckt, wir steigern das Bruttosozialprodukt.“

Geier Sturzflug (1982)

Die Bochumer Band war Anfang der 1980er Jahre Teil der „Neuen Deutschen Welle“ und hatte mit dem Song „Bruttosozialprodukt“ ihren größten Hit.

Viele Ansätze des Haushalts 2018 werden dazu beitragen, dass das Bruttosozialprodukt gesteigert wird. Wo möglich, wollen wir dabei **örtliche oder regionale Firmen daran partizipieren lassen.**

Neben den ausführlich dargestellten „Leuchtturmprojekten“ enthält das Ihnen vorliegende **Zahlenwerk** natürlich wieder **tausende** weiterer **Ausgabepositionen**.

Für viele davon gilt der bekannte Ausspruch von Butler James aus dem Silvester-Klassiker „Dinner for one“: „**The same procedere as every year.**“ Sie werden fortgeschrieben und – falls nötig – aktualisiert.

Eine Neuerung gibt es aber im formalen Bereich: Zukünftig findet sich die **Anschaffung von beweglichen Wirtschaftsgütern mit einem Anschaffungspreis von bis zu 800 Euro im Ergebnishaushalt wieder, bis 2017 waren dies nur 410 Euro**. Was darüber lag, wurde im Finanzhaushalt veranschlagt. Grund hierfür sind geänderte steuerliche Vorgaben. Durch diese Änderung kommt es zu Verschiebungen zwischen dem Ergebnis- und dem Finanzhaushalt.

Oft sind es nur kleine Beträge in Bezug auf den Gesamthaushalt, über die wir im Ergebnishaushalt reden, aber auch damit kann wertvolle Arbeit geleistet werden.

Ich denke in diesem Zusammenhang etwa an die **Unterstützung unserer kultur- und sporttreibenden Vereine** (16.500 Euro, wobei die Unterhaltung von Gebäuden und Anlagen nicht berücksichtigt ist), an den **SILEK-Ansatz für Maßnahmen im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes** (15.000 Euro), an die **Förderung der BAMBINI-Feuerwehren** (3.000 Euro), die Ausgaben im Bereich **kultureller Veranstaltungen** (9.500 Euro), den **Feldwegebau** (10.730 Euro) oder die Ansätze für die **Stadt- und Dorfverschönerung** (18.500 Euro).

Noch ein unbedeutend scheinender Ansatz ist mir wichtig. **3.000 Euro** wurden eingestellt, um zur **80. Wiederkehr der Pogromnacht** im November 2018 eine **würdige Erinnerung** für die **ermordeten jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger aus Neustadt und Momberg** zu schaffen.

Auffällig im Bereich des Ergebnishaushaltes sind sicher die **deutlich erhöhten Ausgaben für den Arbeitsschutz**, insbesondere im **Bereich des städtischen Bauhofes** (verschiedene Haushaltsstellen mit insgesamt rund 20.000 Euro). Wir kommen damit Vorgaben der Unfallkasse Hessen nach.

Auch in unsere **kommunalen bzw. Kindergarten-Spielplätze** werden wir 2018ff. investieren müssen. **Einige Geräte sind in die Jahre gekommen** und nach den Prüfungen des TÜV besteht hier kurz- bis mittelfristig Handlungsbedarf.

2018 erfolgt zudem die **Neuausschreibung des Müllabfuhrvertrages**. In den kommenden Monaten werden wir daher schauen müssen, ob es beim **bisherigen Leistungsangebot Veränderungsbedarf** gibt. Meines Erachtens hat sich die **seit 2011 geltende Abfallsatzung bewährt**.

Im **Mengsberg** wird bis in den Sommer 2018 hinein die **Leitungstrasse für die Nahwärmeversorgung verlegt**. Es kommt zu zahlreichen Aufbrüchen in den Straßen. Deren Zustand war bereits vor dem Bau aufgrund des fehlenden Unterbaues nicht besonders gut. **Hier können wir Synergien nutzen und Verbesserungen auf den Weg bringen**.

Daher sollen **2018** insgesamt **180.000 Euro für die Unterhaltung kommunaler Straßen** zur Verfügung stehen. 80.000 Euro aus dem Ansatz 2018 und eine Rückstellung in 2017 in Höhe von 100.000. Auch dies ist ein Rekordbetrag.

Im kommenden Jahr werden auch **wieder Geschwindigkeitsmessungen** durchgeführt werden. Aufgrund der Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte hinsichtlich der Auswertung der Daten war dies 2017 nicht mehr möglich. **Um einer etwaigen interkommunalen Zusammenarbeit nicht vorzugreifen, wird die entsprechende Software zunächst angemietet**.

Im **Finanzhaushalt** finden sich **Projekte** wieder, **die notwendig sind, um Infrastruktur zu erhalten**.

Ich denke etwa an den **Austausch eines Teiles der Wasserleitung im Tonweg in Mengsberg**.

Bei der **Gewässerrenaturierung im Bereich der Wiera** wurde der Kostenansatz sowohl in den Ausgaben als auch der Zuschussung nach der Wasserrahmenrichtlinie dem Planungsstand angepasst. Es ist davon auszugehen, dass das Vorhaben aufgrund von noch ausstehenden Untersuchungen und Genehmigungen erst im Jahre 2019 umgesetzt sein wird.

Mitte 2018 läuft der Vertrag für unser **„Werbemobil“** aus, das von unseren Vereinen und Verbänden sowie der kommunalen Jugendpflege gerne genutzt wird. Wir haben uns dazu

entschieden, diesmal das Nachfolgefahrzeug selbst anzuschaffen und Sponsorengelder einzuwerben (35.000 Euro Ausgabe – 25.000 Euro). Es liegen bereits zahlreiche Zusagen vor.

Die **Ersatzbeschaffung des über zwanzig Jahre alten Einsatzleitfahrzeuges** für unsere Freiwilligen Feuerwehren findet 2018 statt. Aufgrund des Sachstandes wurden hierfür 20.000 Euro zusätzlich eingestellt (Gesamtausgabe 110.000 Euro, leider nicht förderfähig).

Für den **Erwerb einer Halle nebst Freifläche in der ehemaligen Kaserne** sowie erste notwendige Arbeiten sind 255.000 Euro eingestellt, wobei die Mittel vollständig aus Grundstücksverkäufen stammen. Leider hat sich bei der Absprache des Vertrages gezeigt, dass Kommune und BlmA bei den Vorgesprächen in einem wichtigen Punkt aneinander vorbeigeredet haben. Wir gingen davon aus, dass der Kaufpreis bereits die Erschließungskosten enthält. Darin sahen wir uns durch einige Mails bestärkt. Die BlmA hingegen geht davon aus, dass diese Kosten später von der Kommune noch zu tragen sind. Wir werden den Sachverhalt nochmals erörtern und die Stadtverordnetenversammlung informieren. Aber selbst bei möglichen (Zusatz-)Kosten von 200.000 Euro gibt es wohl keine vergleichbar günstige Lösung. Auch hier werden wir nochmals neue Überlegungen anstellen.

Mancher wird 2018 einen Ansatz für ein Vorhaben mit LEADER-Fördermitteln vermissen. Aufgrund der Vielzahl der anzugehenden Maßnahmen und der zur Verfügung stehenden begrenzten Personalkapazitäten und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass wir seit 2015 bereits über 100.000 Euro Fördergelder über die Region Marburger Land akquirieren konnten, haben wir **auf einen Haushaltsansatz verzichtet**. Hinzu kommt, dass die der Region zur Verfügung stehenden Gelder für das Jahr 2018 weitestgehend bereits belegt sind.

Unabhängig davon möchte ich mich bereits heute dafür aussprechen, dass sich Neustadt auch über 2020 hinaus in der Region Marburger Land engagiert.

Ziel muss es dabei auch sein, das Miteinander in der Region über einzelne Projekte hinaus zu verstärken.

In diesem Zusammenhang verfolge ich übrigens mit großem Interesse die aktuelle Diskussion um die Zukunft der Metropolregion Frankfurt-Rhein/Main.

Diese scheint sich zumindest gedanklich bis Gießen auszudehnen. Mir stellen sich in diesem Zusammenhang viele Fragen: **Wo kommt der ländliche Raum in diesen Gedankenspielen**

vor? Wozu zählt der Landkreis Marburg-Biedenkopf? Wie ist es mit dem Selbstverständnis Mittelhessens bestellt? Fragen, die man zukünftig auf den unterschiedlichsten Ebenen diskutieren muss.

„Die Menschen in der guten alten Zeit waren vor lauter Glück mit dreißig Jahren gestorben, während sie heute in den westlichen Industrieländern aus Verärgerung über siebzig Jahre alt werden.“

Manfred Rommel (1928-2013), Stuttgarter Oberbürgermeister

Seit einigen Jahren gehören **Ausführungen zum Demographischen Wandel verpflichtend zu einem Haushaltsvorbericht.**

In der Vergangenheit haben die einschlägigen **Prognosen** der Hessen-Agentur und der Bertelsmann-Stiftung für Neustadt (Hessen) einen **kontinuierlichen und merklich spürbaren Bevölkerungsrückgang für die Zeit bis 2030 vorausgesagt.**

Folgerichtig haben wir uns in den letzten Jahren immer wieder mit der Thematik befasst.

Aktuell werden die **Auswirkungen des Demographischen Wandels** – “Wir werden weniger, älter und bunter” – für die Kernstadt beim **Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“** bedacht. Das ISEK enthält diesbezüglich Ausführungen.

Im Hinblick auf die Stadtteile Mengersberg, Momberg und Speckswinkel wurde die Fragestellung bereits im Rahmen der Teilnahmen am **Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“** behandelt. Im 2018 zu erarbeitenden ISEK im Rahmen des **Dorfentwicklungsprogrammes** wird dieser Komplex zweifellos ebenfalls breiten Raum einnehmen.

Mit dem Landkreis befinden wir uns in diesem Zusammenhang bereits in Gesprächen über die Frage, ob zumindest **eines der Dorfgemeinschaftshäuser als** sogenanntes **„Multiples Haus“** (Begegnung, Beratung, Dienstleistung) genutzt werden kann. In den neuen Bundesländern hat man damit gute Erfahrungen gemacht.

In 2017 wurde darüber hinaus mit finanzieller Förderung durch den Kreis ein **kommunales Altenhilfekonzept** erstellt. Verbunden mit einer **Informationsmesse „Älterwerden in Neustadt“** wurden die Ergebnisse öffentlich vorgestellt.

Ziel muss es sein, den begonnenen Prozess zu verstetigen. Aus diesem Grunde ist angedacht, im **I. Halbjahr 2018** zunächst **weitere konzeptionelle Überlegungen** anzustellen und damit zu beginnen, **tragfähige** Strukturen für die zukünftige Arbeit **aufzubauen**.

Im **II. Halbjahr** ist dann die **Schaffung einer „Anlauf- und Koordinierungsstelle“ für die Seniorenarbeit** vorgesehen. Diese soll sich (zunächst) auf fünf Stunden in der Woche belaufen und zunächst bis Ende 2019 befristet sein.

Für beide Vorhaben werden erneut Fördermittel aus den Seniorenpolitischen Leitlinien des Kreises genutzt.

Mit dem Bezug des **Kultur- und Bürgerzentrums** soll dort auch ein **Familien- und Generationenzentrum von 0-99 Jahren etabliert werden**.

In den Jahren 2018 und 2019 sind die dafür nötigen Vorarbeiten zu leisten. Über den notwendigen Personalbedarf ab 2020 wird beim Vorliegen näherer Planungen zu entscheiden sein.

Seitens der Kommune würde es begrüßt, wenn die **Überlegungen von HEPHATA zur Neustrukturierung der Seniorenwohnanlage „Wiesenhof“** vorangetrieben werden. Da, wo wir können, unterstützen wir gerne.

Wir gehen weiterhin davon aus, dass 2018 (endlich) der **Bau der seniorengerechten Wohnungen** mit der Möglichkeit der Inanspruchnahme von Zusatzangeboten am Rande des **Bürgerparks** beginnt. Der Verkaufserlös von 144.000 Euro wurde in den Haushaltsplan als außerordentlicher Ertrag eingestellt.

(Beim Erwerb der Halle in der EMAC/der Schaffung der nötigen Infrastruktur wurden die Verkaufserlöse für drei weitere Grundstücke in Höhe von insgesamt 255.000 Euro eingestellt).

Auch das Thema **Tagespflege** wollen wir nicht aus den Augen verlieren. Zur Umsetzung bedarf es aber eines Investors bzw. eines Trägers.

Ein weiteres Themenfeld wird gerade im Hinblick auf unsere älteren Mitbürger die Frage der **Mobilität** sein.

Der Demographische Wandel muss dazu führen, dass wir über den Tellerrand hinausschauen. Das gilt für die Gesamtkommune im Verhältnis zu anderen Städten und Gemeinden ebenso wie für das Verhältnis von Kernstadt und Stadtteilen untereinander. **Dieser Prozess erfordert zweifellos Veränderungsbereitschaft.** Diese haben wir in der Vergangenheit schon gezeigt, wenn ich etwa an die Veränderungen bei Kindergärten und Grundschulen in den Stadtteilen denke. **Zunächst sind solche Schritte sicher schmerzlich, aber nach einiger Zeit stellen sie sich dann doch als alternativlos dar.**

Vor dem Hintergrund des Demographischen Wandels werden wir natürlich auch beim Kultur- und Bürgerzentrum planen.

Der Platzbedarf des großen Saales etwa muss an den tatsächlichen Notwendigkeiten orientiert sein. Für eine einmalige Nutzung im Jahr können wir meines Erachtens nicht fünfzig oder hundert Plätze zusätzlich vorhalten. Wir reden hier nämlich schnell von einem zusätzlichen Invest von bis zu 100.000 Euro.

In den letzten beiden Jahren haben sich in der Kernstadt **fast 200 Geflüchtete** – ohne HEAE – **angesiedelt.** Dies hat dazu geführt, dass der eingangs erwähnte Bevölkerungsrückgang bisher so nicht eingetreten ist. Wie sich das zukünftig entwickelt, bleibt abzuwarten. Augenscheinlich fühlen sich viel dieser Menschen in Neustadt wohl. Sie schätzen die Überschaubarkeit des Ortes und die Gemeinwesenarbeit. Beides erleichtert das Ankommen und die beginnende Integration.

Ob sie dauerhaft hier sesshaft werden, lässt sich nicht abschließend beurteilen.

Dabei spielt sicher eine entscheidende Rolle, ob sie Arbeit finden.

In meinen Augen ist es besser, wenn Geflüchtete über das ganze Land verteilt sind, als wenn sie nur in einigen wenigen Ballungsräumen leben.

Unabhängig von dieser speziellen Thematik gilt es, **Neustadt als attraktive Wohnstadt weiterzuentwickeln.**

Ich bleibe dabei: **Im ländlichen Raum leben und im Ballungsraum arbeiten, das muss kein Widerspruch sein.**

Unsere Aufgabe ist es, hierfür die **Rahmenbedingungen** zu **schaffen**.

„Jede Stufe der Bildung fängt mit der Kindheit an.“

Novalis (1772-1801), Lyriker

... aus diesem Grunde ist es **wichtig, dass die Kommune** hier – trotz der damit für sie verbundenen enormen Kosten – einen **Schwerpunkt ihrer Tätigkeiten setzt**.

Wer in die Kindertagesstätten und die Kinderbetreuung im Allgemeinen investiert, der investiert in die Zukunft.

Wir unterhalten die Kindertagesstätten „Regenbogen“ und „Sonnenschein“, den Waldkindergarten und tragen 85 % des Defizits des katholischen Kindergartens „Arche Noah“ Momberg-Mengsberg.

Auch 2018 legen wir wieder Wert auf **die Fortbildung unserer Erzieherinnen** und haben das Ziel, die **Zusammenarbeit mit der Grundschule** im Rahmen des Bildungs- und Erziehungsplanes Hessen zu **optimieren**.

Daneben **finanziert die Kommune eine Stunde zusätzliche Betreuungszeit am Nachmittag** und **gewährleistet** seit Sommer 2017 **mit dem Landkreis eine teilweise Betreuung** zumindest in den **Sommerferien** (2 Wochen, es nahmen 20 Kinder teil, Kosten 1.900 Euro für die Kommune, 1.900 Euro für den Kreis).

Die Einnahmesituation im Bereich der Kindergärten (Gebühren, Zuweisungen des Landes, Integrationsmaßnahmen) **haben wir den hochgerechneten aktuellen Rechnungsergebnissen angepasst.**

Mindereinnahmen gibt es, weil die Nachmittagsbelegung der KiTas etwas nachgelassen hat, zum Stichtag 1.3.2018 im Vergleich zum Vorjahr wohl weniger U 3 Kinder in den Einrichtungen sein werden und es momentan deutlich weniger Integrationsmaßnahmen gibt, als in der Vergangenheit.

Mehreinnahmen gibt es, weil das Land ab August 2018 auch für die Kinder im letzten Kindergartenjahr 136 Euro statt bisher 100 Euro zahlen wird und die Pauschale nach dem Bildungs- und Erziehungsplan von 100 Euro auf 170 Euro pro Kind ansteigt. Diese wird sich auch in den Folgejahren erhöhen.

Ab dem **1. August 2018** wird es in Hessen eine **teilweise Gebührenbefreiung beim Kindergartenbesuch** (Kinder über 3 Jahren, bis zu sechs Stunden) geben. Dies ist zu begrüßen und die Stadt **Neustadt (Hessen)** **wird sich hieran sicher beteiligen**.

Über die Frage, wie dies tatsächlich vom Land finanziert wird, gäbe es zweifellos viel zu sagen und auch zu klagen. Das würde aber den Rahmen sprengen.

Fakt ist, dass die angekündigten **136 Euro pro Kind und Monat zu niedrig** sind.

Die Landesregierung hat sie als landesweiten Durchschnitt der Betreuungskosten ermittelt. Da rächt sich nun, dass manche Kommunen bei den Kindergartengebühren in keinsten Weise wirtschaftlich gedacht haben.

Auch darf dieser Betrag nicht, wie die 100 Euro für die Gebührenfreistellung im letzten Kindergartenjahr, auf Jahre unverändert bleiben. **Wenn die 136 Euro nicht Jahr für Jahr entsprechend der gestiegenen Personal- und Sachkosten ansteigen, dann legen die Kommunen innerhalb kürzester Zeit Geld drauf. Dies darf bei aller Freude der Eltern nicht sein.**

Mit großem Unverständnis habe ich aufgenommen, dass der Marburger Oberbürgermeister nun alle Kinder auf einen Schlag von den Kindergartengebühren befreien will. Er hat eine ganz andere Ausgangslage als die anderen kreisangehörigen Kommunen. Als Sonderstatusstadt ist man Sozialhilfeträger. Im konkreten Fall heißt dies, dass die Stadt Marburg für Kinder deren Eltern Lohnersatzleistungen in Anspruch nehmen, den Kindergartenplatz finanzieren muss. Dies fällt zukünftig (in großen Teilen) weg. Die Kommune erhält das Geld vom Land. **Da kann man leicht die Spendierhosen anhaben.**

Im Falle der anderen Kommunen hat der Landkreis die **Einsparungen**, die er – wie erwähnt – **zumindest 2018 weiterreichen** will. Was sich auch so gehört.

Unsere Forderung ist klar: Diese **Handhabung darf nicht einmalig bleiben**, sondern muss dauerhaft werden.

Mit diesem Geld können wir zwar keine allgemeine Beitragsfreiheit gewährleisten. Aber wir sollten es auch nicht einfach in der Stadtkasse „verschwinden“ lassen.

Ich fände die Idee, – Dauerhaftigkeit der Kreiszahlung unterstellt und nach Möglichkeit regelmäßige Kostenanpassung vom Land – die Mittel zur Beitragsabsenkung für U3-Kinder zu verwenden, „interessant“.

Bevor ich hier aber etwas versprechen möchte, muss das Land seine Ankündigung umsetzen, der Kreis sich zur Rückzahlung äußern und wir sicher genau rechnen.

Wenn alle Kinder, die derzeit einen Kindergarten in unserer Kommune besuchen vollständig von den Gebühren befreit würden, dann schliege dies sicherlich mit zumindest 100.000 Euro pro Jahr zu Buche. Dies ist für die Kommune nicht zu finanzieren.

Zumal wir überhaupt nicht absehen können, wie viele Eltern ihre Kinder bei einer vollständigen Gebührenbefreiung ganztags anmelden würden. Höhere Personalkosten wären der Fall. Diese müsste dann die Kommune alleine finanzieren.

Wenn es hier einen „Wettlauf der Kommunen“ gäbe, dann wäre dies der Abschied von einer soliden Finanzpolitik.

Wenn das Land eine vollständige Gebührenbefreiung will, dann muss es die Initiative ergreifen und Mittel bereitstellen.

Die von mir soeben skizzierte Handhabung könnte ein guter Kompromiss sein. Der das Land und der Landkreis sind hier gefragt.

Nicht auszuschließen ist, dass es bei der notwendigen Neufassung der Kindertagesatzung zu Veränderungen bei den Zeitmodulen kommt.

Im Verlauf des Jahres 2018 werden wir damit beginnen, unser Familienzentrum neu aufstellen.

Es muss deutlicher als in der Vergangenheit werden, dass dieses kein bloßes Anhängsel der Kindertagesstätte „Regenbogen“ ist, sondern dass sich die Angebote an alle Kinder und Eltern unserer Stadt richten. Eine Namensänderung alleine reicht da nicht aus.

Gemeinsam mit dem Kreis arbeiten wir derzeit bereits an der Neuausrichtung. Die Jahre 2018 und 2019 stellen dabei lediglich eine Zwischentappe dar.

Spätestens wenn Einrichtung **2020** im Kultur- und Bürgerzentrum ihren Platz finden wird und dann als **Familien- und Generationenzentrum von 0-99 Jahre** arbeiten soll, **müssen wir hier auch etwas im personellen Bereich tun.**

Es ist daher anzustreben, dass die Kommunen Gelder aus dem von Landrätin Kirsten Fründt angekündigten Kreisentwicklungsfonds auch für solche Ausgaben verwenden dürfen.

Ich werde mich bei den anstehenden Beratungen dafür einsetzen und bitte unsere Kreispolitiker um Unterstützung.

2018 sehen wir 19.000 Euro an Ausgaben für das Familienzentrum vor. Das Land unterstützt uns mit 13.000 Euro.

Im kommenden Jahr – übrigens das Jubiläumsjahr 250 Jahre Circus – soll auch das gelungene Mitmach-Circus-Projekt für Kinder eine Fortsetzung erfahren.

Die kommunale Jugendarbeit hat sich unter Federführung des bsj gut entwickelt.

Die **Angebote erreichen Kinder aus den unterschiedlichsten Bereichen und werden gut angenommen.** Eine Verzahnung mit dem Familienzentrum und der Gemeinwesenarbeit bzw. dem Quartiersmanagement sowie der Schulsozialarbeit ist gegeben. Hier zählt es sich zweifellos aus, dass wir mit dem bsj auf nur einen Kooperationspartner setzen. Die Ansätze des Jahres 2017 werden übernommen und wo nötig fortgeschrieben.

„Die einen sagen, die Integration von Flüchtlingen ist kein Problem. Die anderen reden nur über Probleme. Unrecht haben beide.“

Frank-Walter Steinmeier (1956), Bundespräsident

Erinnern Sie sich noch an den **Dezember 2015?**

1.109 Geflüchtete waren seinerzeit in der **HEAE Neustadt** untergebracht. Etwa **170** sind es **derzeit.**

Wie sich die Belegung in den kommenden Jahren entwickeln wird, kann keiner vorhersagen.

Wenn ich die in der ehemaligen Kaserne getätigten Investitionen in Millionenhöhe sehe, sollte das Land aber überlegen, ob es sein Standortkonzept nochmals überdenkt und Standorte mit unzureichender Infrastruktur aufgibt.

2017 war nach meiner Wahrnehmung im Hinblick auf die Flüchtlingsunterbringung in Neustadt ein Jahr mit zahlreichen Aktionen und ohne nennenswerte Probleme.

Die vom **bsj** Marburg e.V. geleistete **Gemeinwesenarbeit** wird **geschätzt**. Der **Begegnungstreff** in der Marktstraße ist ein **Anlaufpunkt** für Geflüchtete und ehrenamtlich Tätige.

Aufgrund der zurückgehenden Belegungszahlen in der HEAE wurde das Angebot der vom **Diakonischen Werk** geleisteten **Ehrenamtskoordination** in der Einrichtung etwas zurückgefahren.

Das **Landesprogramm „Sport und Flüchtlinge“** wurde rege genutzt. Hier zeigt sich immer wieder, dass Sport ein gutes Mittel zur Integration ist.

Das **Modellprojekt „Flüchtlinge im ländlichen Raum“** läuft zum Jahresende aus.

Die Landesregierung hat die **Abschlussveranstaltung im März 2018** nach **Neustadt** vergeben. Sicherlich auch eine Anerkennung für die vor Ort geleistete Arbeit.

Mein Dank gilt heute abermals allen, die sich im Bereich der Flüchtlingsarbeit haupt- und ehrenamtlich einbringen. Vor Ort wird wertvolle Arbeit geleistet.

Diese trägt sicherlich dazu bei, dass die HEAE Akzeptanz in der Bevölkerung genießt.

Der hohe Stimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl in Neustadt ist in meinen Augen nicht zwingend auf diese Einrichtung zurückzuführen, sondern hat viele Gründe.

Einige im Kleinen, zahlreiche im Großen. Betrachten Sie einmal Wahlergebnisse der vergangenen 25 Jahre in unserer Kommune. Dann stellen sie fest, dass es „rechts der Mitte“ immer wieder ein erhebliches Stimmenpotential gab.

Ich bleibe dabei: Über die große Linie der deutschen Flüchtlingspolitik kann man kontrovers diskutieren. Man muss nicht alles gutheißen, was in den letzten beiden Jahren in diesem Bereich geschah. Vor Ort bringt aber diskutieren wenig, hier muss man sich der Herausforderung stellen. Dies haben wir seit Mitte 2015 erfolgreich getan.

Um dies auch weiterhin tun zu können, werden die Ansätze des Jahres 2017 fortgeführt.

Auch nach Auslaufen des Modellprojektes bleibt die „Fahrradwerkstatt“ in der Marktstraße angemietet. Es gibt Bedarf für die Räumlichkeit und Ideen für die Nutzung.

In Anknüpfung an meine letztjährige Haushaltsrede möchte ich im Übrigen nochmals daran erinnern, dass vieles von dem, was in Neustadt nun Positives geschieht, unmittelbar mit der Einrichtung der HEAE in Zusammenhang steht.

„Man muss eine Aufgabe vor sich sehen und nicht ein geruhames Leben.“

Leo Tolstoi (1828-1910), russischer Erzähler und Romanautor

Auch über die konkreten Haushaltsansätze 2018 hinaus gibt es Aufgabenfelder, die im kommenden Jahr bearbeitet werden müssen.

Eines davon habe ich bereits genannt: Die **Zukunft der Wasserversorgung in unseren Stadtteilen.**

Ein weiteres ist der **Weiterbau der BAB 49** bis Schwalmstadt bzw. in der Folge darüber hinaus bis Stadtallendorf. Im Bereich der VKE 20 (Neuental-Schwalmstadt) gehen die Arbeiten voran. 2020 soll dieser Abschnitt fertiggestellt sein. In diesem Zeitraum dürften dann auch die Arbeiten im Bereich der VKE 30 (Schwalmstadt-Stadtallendorf) beginnen.

Dies bedeutet für unsere Kernstadt und die Stadtteile bis zu dessen Fertigstellung zweifellos über einige Jahre hinweg eine Zunahme des Verkehrs, insbesondere des Schwerlastverkehrs. Dies werden wir gegenüber den zuständigen Stellen deutlich machen und „verkehrsregulierende Maßnahmen“ einfordern.

Der Weiterbau der BAB 49 über Neustadt hinaus könnte im Übrigen eine Vermarktungschance für unser Gewerbegebiet sein.

Von Vorteil ist sicher, dass sich dort in diesem Jahr bereits eine Spedition angesiedelt hat. Auch ist eine **Zunahme der Anfragen** festzustellen. Natürlich bleibt abzuwarten, welche Unternehmen sich letztlich tatsächlich dafür entscheiden, Flächen „Im Gelicht“ zu erwerben. Dass aktuell im neuen Gewerbegebiet Stadtallendorf wohl keine Grundstücke mehr zur Verfügung stehen, muss in diesem Zusammenhang kein Nachteil für uns sein.

Zusammen **mit der Hessischen Landgesellschaft sollten wir über eine Vermarktungsstrategie nachdenken.**

Möglicherweise erledigt sich also der vor Jahresfrist angedachte – und für den Erwerb einer Halle in der ehemaligen Kaserne zurückgestellte – Rückkauf von Flächen im Gewerbegebiet durch die Kommune zumindest in Teilen.

In diesem Zusammenhang steht eine **Überarbeitung** des über 20 Jahre alten **Bebauungsplanes** für das **Gewerbegebiet „Am Gelicht“** an. **10.000 Euro** sind hierfür im Ergebnishaushalt eingestellt.

Nach dem Beginn der Erschließungsarbeiten für die Erweiterung des Baugebietes „Im Weinberger Grund“ in Speckswinkel richtet sich der Fokus hier nun naturgemäß auf die Kernstadt und die Stadtteile Mengersberg und Momberg.

Zunächst ist festzustellen, dass wir überall **genügend Baulücken** haben, die sich **allerdings** aus verständlichen Gründen **nicht auf dem Markt** befinden. Schließlich verkauft vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Zinsniveaus kaum keiner, der nicht Veranlassung dazu hat.

Bezüglich der Stadtteile muss die Frage der Siedlungserweiterung zudem im Rahmen der Erstellung des Integrierten Entwicklungskonzeptes abgearbeitet und mit dem zuständigen Ministerium besprochen werden.

Für die Kernstadt favorisiert der Magistrat die Ausweisung eines Neubaugebietes in Nähe der Firma Will. Aufgrund der Eigentumsverhältnisse bedarf es hier aber intensiver Gespräche, deren Ausgang offen ist. Sollte sich hier mittelfristig nichts tun, muss nach Alternativen geschaut werden.

Ein Wort auch zu **Carsharing und Elektromobilität**. Lassen Sie uns hier **keine Schnellschüsse** vollziehen, sondern gut überlegen. In meinen Augen kann und soll die **Kommune** den

Meinungsbildungsprozess **moderieren**, sie kann ggf. auch **initiieren**, aber sollte **keinesfalls (haupt-)finanzieren**.

Beides – Elektromobilität und Carsharing - ist **nicht unser Hauptgeschäft**. Hier bedarf es **Partner**. Eine Vorbildfunktion einnehmen ist grundsätzlich gut, gleichwohl gehört auch eine ökonomische Betrachtung immer dazu. In diesem Zusammenhang finde ich die Diskussion zu diesem Thema in Stadallendorf interessant.

Wir werden im Übrigen zu prüfen haben, in wie weit dieses Thema bei der Erstellung des IKEKs für unsere Stadtteile eine Rolle spielt.

„Wir schaffen das!“

Bob, der Baumeister (1999), englischer Handwerker

...so lautet die Kernaussage der Haushaltsrede 2018.

Wir wollen durch unsere Arbeit in den kommenden Jahren die Voraussetzungen für das Neustadt des Jahres 2025 schaffen.

2018 soll das **Fundament** dazu **bereitet** werden.

Der Haushaltsplan enthält dafür zum einen die notwendigen Ansätze, zum anderen zeigt die mittelfristige Finanzplanung auf, was noch auf uns zukommt und wie wir es finanzieren wollen und können.

Der Ihnen vorliegende Etatentwurf verdeutlicht, dass das Angedachte auch umsetzbar ist.

Wir reden nicht von „Luftschlössern“, sondern von konkreten Projekten, deren Finanzierung gewährleistet ist, ohne dass wir den Weg der finanzpolitischen Solidität verlassen.

Ausdrücklich lade ich alle Bürgerinnen und Bürger ein diesen Weg mitzugehen.

Bringen Sie sich ein, wo es möglich ist. Äußern Sie konstruktive Kritik, wo es nötig erscheint.

Einzig auf permanente Nörgler und Heckenschützen können wir verzichten.

Schon der amerikanische Schriftsteller **Henry D. Thoreau** (1817-1862) wusste, **dass der Nörgler selbst im Paradies noch allerlei Fehler findet.**

Bereits anlässlich der Haushaltsrede 2017 kündigte ich an, mich 2019 einer erneuten Wiederwahl als Bürgermeister stellen zu wollen.

Gerne bin ich bereit, weiterhin für diese Stadt und ihre Menschen zu arbeiten. Als Kapitän unseres „kleinen Seglers“ möchte ich gemeinsam mit Ihnen Neustadt, Mengersberg, Momberg und Speckswinkel weiter voranbringen und zumindest bis 2025 das Umsetzen, was jetzt auf den Weg gebracht wird.

Eduard Mörike (1804-1875), ev. Pfarrer, Lyriker und Erzähler, wird der Satz zugeschrieben

„Man muss immer etwas haben, worauf man sich freut.“

Für mein Teil freue ich mich darauf, Neustadts Zukunft auch im kommenden Jahr als Bürgermeister mitgestalten zu können und bin mir sicher: **„Wir schaffen das!“**